



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

22

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1962

Aufsätze:

- Bevölkerungsentwicklung
- Mischfutterindustrie
- Handelsdünger in der Landwirtschaft 1961/62
- Steuerpflichtiges Vermögen 1960
- Öffentliche Fürsorge
- Erzeugerpreise industrieller Produkte

Kurzberichte:

- Kinobesuch und Fernsehen
- Brandschäden 1961

Graphik des Monats: Schleswig-Holstein seit 1955

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1961	1962	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Mai bis Sept. ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950=100	278	276	- 1
Beschäftigte ³	1 000	175	176	+ 1
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	596	618	+ 4
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	25	24	- 3
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	10,7	p 11,0	+ 3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 742	2 685	- 2
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	93,0	82,0	- 12
Einzelhandelsumsatz	1961=100	100	108	+ 7
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 275	4 697	+ 10
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	93	93	-
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	131	132	+ 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1958=100	101,8	103,1	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1957/59=100	101,3	104,8	+ 3
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958=100	105,4	109,2	+ 4
Ernährung	1958=100	104,6	109,5	+ 5
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 415	1 595	+ 13
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	3 213	3 747	+ 17
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	1 624	1 865	+ 15
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	39	43	+ 8
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	58	62	+ 8
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	32	35	+ 8
Lohnsteuer	Mill. DM	27	32	+ 19

1) bei "Geld und Kredit": April bis August 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

I N H A L T

12/62

Aktuelle Auslese	369
Aus dem Inhalt.	370-371
Aufsätze	
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein	372-374
Die Struktur der schleswig-holsteinischen Mischfutterindustrie	374-376
Die Lieferung von Handelsdünger für den Verbrauch in der Landwirtschaft 1961/62	377-378
Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1960	378-387
Öffentliche Fürsorge 1959 - 1961	388-389
Die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet	389-391
Kurzberichte	
Kinobesuche und Fernsehen	391-392
Feuerwehr und Brandschäden 1961	392
Graphik des Monats.	384-385
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	393-398
Kreiszahlen	399
Schleswig-Holstein im Bund	400
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1962

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe
Bevölkerung 1960
Handelsdünger 1960/61
Schlachtvieh- und Fleischbeschau
Industrieproduktion 1960
Baupreisstatistik
Ingenieurschulen 1960/61

Heft 2/1962

Allgemeinbildende Schulen 1961
Bundestagswahl 1961 - repräsentativ
Landw. Betriebe nach Hauptbetriebsart
Getreideernte und ihre Verwertung
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Umsätze 1960
Turnen und Sport
Jugendgruppen 1961
Obsternte 1961
Zwischenfruchtanbau 1961
Vermögensmillionäre

Heft 3/1962

Güterbewegungsstatistiken
Berlin- und Interzonenhande 11960
Spareinlagen 1900 bis 1960
Löhne im Handwerk
Verbrauch in Haushalten

Heft 4/1962

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs
Landwirtsch. Betriebe über 100 ha
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958
Umsatzstruktur 1960
Preise in Gaststätten 1960
Gemüse 1961
Getreide 1961
Konsumgenossenschaften 1960
Voraussichtlicher Pkw-Bestand

Heft 5/1962

Ehescheidungen 1960
Bauwirtschaft 1961
Fremdenverkehr Sommer 1961
Kapitalgesellschaften 1961
Steueraufkommen 1961
Schweinebestand März 1962
Streiks



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1962

Aktuelle Auslese

BAUWIRTSCHAFT 1962



Bei der Totalerhebung am 31. 7. 1962 wurden in Schleswig-Holstein 2 474 Betriebe mit rund 67 600 Beschäftigten gezählt. Im Juli 1962 wurden reichlich 11 Mill. Arbeitsstunden geleistet. Die Zahl der Beschäftigten hatte gegenüber Juli 1961 um 6% und die der geleisteten Arbeitsstunden um 7% zugenommen. Der Gerätepark hat sich bei fast allen Geräten vergrößert. Die stärksten Zuwachsraten weisen die Schürfwagen (+ 69%), die Turmdrehkrane (+ 54%) und die Straßenbaumaschinen für Betonstraßen (+ 52%) aus. Der Umsatz im Bauhauptgewerbe war im Juli 1962 mit fast 147 Mill. DM um 25% höher als im Juli 1961. Der bei der Erhebung erfragte Umsatz für das ganze Kalenderjahr 1961 überstieg den des Jahres 1960 um 18%.

ARBEITSSTÄTTEN UND BESCHÄFTIGTE



Nach vorläufigen Ergebnissen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung gab es am 6. 6. 1961 in Schleswig-Holstein:

	Arbeitsstätten	Beschäftigte
Rest der Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2 843	7 718
Produzierendes Gewerbe	24 655	343 679
Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung	42 203	196 450
Dienstleistungen und Öffentlicher Dienst	30 633	199 731
Insgesamt	100 334	747 578

Von den Beschäftigten waren 490 000 männlich und 257 600 weiblich.

AUSFUHR 1961



Schleswig-Holstein hat in den letzten 12 Monaten (Oktober 1961 bis September 1962) für 963 Mill. DM Waren ausgeführt, das sind 137 Mill. DM (= 12%) weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Werden die ausgeführten Schiffe außer Betracht gelassen, so ergibt sich bei diesem Vergleich für die übrigen Waren eine geringe Ausfuhrsteigerung von 3 Mill. DM.

DREI TODESURSACHEN DOMINIEREN



Im Jahre 1961 starben in Schleswig-Holstein rund 27 500 Einwohner, annähernd 200 weniger als 1960. Auch die allgemeine Sterbeziffer liegt mit 11,8 je 1 000 Einwohner geringfügig unter der des Jahres 1960. Die Auszählungen ergaben wie in den Vorjahren wiederum Zunahmen bei den häufigsten Todesursachen. So nahmen die Herzkrankheiten um 1,0%, die bösartigen Neubildungen um 4,2% und die Gefäßstörungen des Zentralnervensystems um 3,5% gegenüber 1960 zu. Krankheiten dieser drei Gruppen waren bei über der Hälfte aller Gestorbenen die Todesursache.

REGEN VERJAGTE DIE GÄSTE NICHT



Trotz einer verregneten Saison ist der Fremdenverkehr Schleswig-Holsteins im Sommerhalbjahr 1962 (April bis September) im Vergleich zum Sommer des Vorjahres nur leicht zurückgegangen. Während die Zahl der Fremdenmeldungen mit 1,23 Mill. sich nicht veränderte, ging sie bei den Übernachtungen um 4% auf 8,95 Mill. zurück.

Aus dem Inhalt

Bevölkerungsentwicklung

Seite 372

Vor dem zweiten Weltkrieg, zum Stichtag der Volkszählung 1939, hatte Schleswig-Holstein fast 1,6 Mill. Einwohner. Während der letzten Kriegsjahre und in der Nachkriegszeit erhöhte sich durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen die Bevölkerungszahl bis zu ihrem Höchststand von mehr als 2,6 Mill. im Jahre 1949. Zum Zeitpunkt der nächsten Volkszählung, im September 1950, hatte Schleswig-Holstein noch knapp 2,6 Mill. Einwohner. Die Bevölkerungszahl nahm dann bis zur Volkszählung 1961 auf reichlich 2,3 Mill. ab. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine kontinuierliche Entwicklung, sondern die Bevölkerungszahl nahm erst sehr stark ab und stieg später allmählich wieder an. Schon 1950 begann die Umsiedlung der Vertriebenen aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer. Diese staatlich organisierte Abwanderung aus Schleswig-Holstein hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1953. Von 1957 an, als die Industrie in Teilen Schleswig-Holsteins und in Hamburg sich stärker zu entwickeln begann und als Schleswig-Holstein im Rahmen der Aufstellung der Bundeswehr mehrere Garnisonen bekam, begann die Bevölkerung Schleswig-Holsteins langsam wieder zu wachsen.

Mischfutterindustrie

Seite 374

Im Wirtschaftsjahr 1961/62 hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft 908 000 t Mischfutter verfüttert, von denen 138 000 t aus Hamburg zugekauft und 770 000 t in Schleswig-Holstein hergestellt wurden. Im Bundesgebiet wurden im gleichen Jahr 4,6 Mill. t Mischfutter hergestellt, davon hat also die schleswig-holsteinische Mischfutterindustrie 16% hergestellt und die Landwirtschaft 20% verfüttert. Der hohe Mischfutterverbrauch in Schleswig-Holstein hat im wesentlichen zwei Gründe: einmal ist die intensive Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein ohne das Mischfutter nicht denkbar, zum anderen war in Schleswig-Holstein die Schweinemast seit jeher auf Getreide als Hauptfuttermittel aufgebaut. - Die Zahl der Herstellerbetriebe hat im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen. 1950/51 stellten 141 Betriebe in Schleswig-Holstein Mischfutter her; 1961/62 waren es 402 Betriebe, davon 214 Mühlenbetriebe, 98 Handelsbetriebe und 90 Genossenschaften. Die Mischfutterherstellung ist nicht über das ganze Land gleichmäßig verteilt, sondern weist eindeutig Schwerpunkte auf. So konzentrierten sich 1959/60 rund 50% der gesamten Mischfutterherstellung auf die Kreise Pinneberg und Steinburg. In Schleswig-Holstein sind Betriebe aller Größen an der Herstellung von Mischfutter beteiligt. Der Anteil der kleineren Mittelbetriebe (500 - 2 000 t Jahresherstellung) ist seit Jahren mit 18 - 19% recht konstant, während der Anteil der größeren Mittelbetriebe (2 000 - 10 000 t) zwischen 28% (1955/56) und

15% (1957/58) schwankte. Der Anteil der Großbetriebe an der Gesamtherstellung bewegt sich seit Jahren um 50%.

Handelsdünger in der Landwirtschaft 1961/62

Seite 377

Die im Wirtschaftsjahr 1961/62 an den Handel und die Genossenschaften angelieferten Handelsdüngermengen waren insgesamt, in t Reinnährstoff gerechnet, geringfügig größer als im Vorjahr. Das gilt für die beiden Gruppen der eigentlichen Pflanzendünger Stickstoff und Kali. Die Düngekalkmenge, die in verschiedenen Formen auf das Land gebracht wurde, war etwa die gleiche wie 1960/61. Dagegen wurde weniger Phosphat bezogen. - Im Wirtschaftsjahr 1961/62 hat sich der Anteil des Mehrnährstoffdüngers am gesamten Düngeraufwand weiter erhöht.

Steuerpflichtiges Vermögen 1960

Seite 378

Die auf den 1. Januar 1960 durchgeführte Vermögensteuerhauptveranlagung umfaßte in Schleswig-Holstein 16 850 Steuerpflichtige mit einem Gesamtvermögen von 2,8 Mrd. DM. Hierfür wurde eine Jahressteuerschuld von 21 Mill. DM neu festgesetzt. Gegenüber 1957 hatte sich damit die Anzahl der Steuerpflichtigen um fast drei Zehntel vermindert, während sich das Gesamtvermögen um die Hälfte ausdehnte. Im gleichen Ausmaß ist die Jahressteuerschuld gestiegen. - Die Aufteilung der unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Personenarten zeigt 1960 keine wesentliche Änderung. Gegenüber 1957 ist die Zahl der vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen um drei Zehntel zurückgegangen. Der Anteil der Körperschaften an den unbeschränkt Steuerpflichtigen beträgt jetzt knapp 10%. Ihr Anteil am Gesamtvermögen der unbeschränkt Steuerpflichtigen machte wie 1957 nicht ganz drei Zehntel aus. - Für 14 500 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen ergab sich in Schleswig-Holstein ein Rohvermögen von 2,5 Mrd. DM. Im Vergleich zu 1957 hat sich dieses Vermögen um 0,6 Mrd. DM erhöht. Im Durchschnitt besaß jeder Veranlagte 1960 ein Rohvermögen im Werte von 175 000 DM gegenüber 94 000 DM drei Jahre zuvor. - Nach Absetzung der Schulden und sonstigen Abzüge vom Rohvermögen verbleibt bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen das Gesamtvermögen. Durch den Rückgang der Schulden und die Zunahme des Rohvermögens hat es seit 1957 beinahe um die Hälfte zugenommen. Es betrug über 2 Mrd. DM. - Bei 4 400 Steuerpflichtigen waren die Freibeträge höher als ihr Gesamtvermögen, so daß ein steuerpflichtiges Vermögen nicht mehr verblieb. Es sind somit über drei Zehntel der überhaupt Veranlagten für die Besteuerung ausgefallen. Im Jahre 1957 waren es nur

halb so viel gewesen. - Sehr aufschlußreich ist im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Zuordnung eine Berechnung des durchschnittlichen Vermögens der Steuerpflichtigen nach der überwiegenden Vermögensart. Der Durchschnittsbetrag belief sich bei den Steuerpflichtigen mit Kapitalvermögen auf 188 000 DM und war damit fast doppelt so groß wie beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen. Das Betriebsvermögen - das sind die Einzelunternehmen - wies einen Durchschnitt von 151 000 DM aus, das Grundvermögen - also die Haus- und Grundbesitzer - nur 68 000 DM. Das Betriebsvermögen nimmt jedoch in der Aufteilung nach überwiegenden Vermögensarten sowohl hinsichtlich der Zahl der Steuerpflichtigen als auch der Vermögenswerte den ersten Platz ein. - Die Vermögensschichtung der natürlichen Personen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Das Ergebnis ist eine merkliche Gewichtsverlagerung von den unteren in die oberen Vermögensgruppen sowohl hinsichtlich der Pflichtigenzahl als auch des steuerpflichtigen Vermögens. - Unter den veranlagten Körperschaften waren die Gesellschaften m. b. H. am stärksten vertreten. Sie waren am Betriebsvermögen mit fast der Hälfte (396 Mill. DM) und an der Gesamtzahl aller veranlagten Körperschaften mit gut der Hälfte beteiligt. - Die schon bei den natürlichen Personen festgestellte Aufstiegsbewegung der Vermögen ist auch bei den Körperschaften deutlich zu erkennen. Besonders auffallend ist dabei die überdurchschnittliche Zunahme der Körperschaften mit Millionenvermögen.

regelmäßige Fürsorgebetreuung angewiesen waren, ab. So wurden nur noch knapp 3% der Bevölkerung des Landes betreut. - Die Fürsorgelast, die den im Durchschnitt von einem Einwohner zu tragenden Fürsorgeaufwand ausdrückt, hat sich vermindert. Dem einzelnen Einwohner Schleswig-Holsteins erwuchs aus dem gesamten Aufwand 1961 eine Fürsorgelast von reichlich 38 DM.

Erzeugerpreise industrieller Produkte Seite 389

In den elf Jahren von 1950 - 1961 hat sich das Erzeugerpreisniveau der am Inlandsmarkt abgesetzten Industrieprodukte um knapp ein Viertel angehoben. Hinter dieser globalen Durchschnittsaussage verbergen sich z. T. erheblich stärkere Preiserhöhungen und auch bemerkenswerte Preisenkungen einzelner Warengruppen.

Kinobesuch und Fernsehen Seite 391

Der Kinobesuch ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Einwohner der Stadt Kiel gingen z. B. im Jahre 1956 durchschnittlich 18mal ins Kino und 1961 nur noch 10mal. Die zunehmende Verbreitung des Fernsehens wird als die Hauptursache für die Verminderung des Filmbesuchs angesehen. Nach einer hier vorliegenden globalen Berechnung ergab sich, daß rund 80% der ausgefallenen Kinobesuche auf den Einfluß des Fernsehens und 20% auf andere Gründe zurückzuführen sind.

Öffentliche Fürsorge Seite 388

Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge in Schleswig-Holstein beliefen sich im Rechnungsjahr 1961 auf 88,5 Mill. DM. Drei Viertel dieser Ausgaben entfielen auf die offene und geschlossene Fürsorge. - Infolge der günstigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nahm die Zahl der Personen, die auf

Brandschäden 1961 Seite 392

Im Jahre 1961 wurden von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 1 268 Brände gemeldet. Den größten Schaden richteten diesmal die Selbstentzündungsbrände an, wobei es sich hier in der Mehrzahl um Brände von Ernterzeugnissen handelte.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein

Am Stichtag der letzten Volkszählung, dem 6. Juni 1961, hatte Schleswig-Holstein eine Wohnbevölkerung von 2 316 622 Personen (vorläufiges Ergebnis). Im folgenden soll diese Zahl mit den Einwohnerzahlen nach den Volkszählungen von 1939 und 1950 verglichen und die recht verschiedenen Entwicklungen während dieser Zeit gezeigt werden.

Bevölkerungsentwicklung von 1939 bis 1950

Vor dem zweiten Weltkrieg, zum Stichtag der Volkszählung am 17. 5. 1939, hatte Schleswig-Holstein rund 1 589 000 Einwohner. Während der letzten Kriegsjahre und in der Nachkriegszeit erhöhte sich durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen die Bevölkerungszahl bis zu ihrem Höchststand von mehr als 2,6 Millionen im Jahre 1949; zum Zeitpunkt der nächsten Volkszählung, am 13. 9. 1950, hatte Schleswig-Holstein nahezu 2 595 000 Einwohner. Alle kreisfreien Städte und Landkreise waren an dieser Bevölkerungszunahme beteiligt außer der Landeshauptstadt Kiel, die auf Grund der Wohnungsverluste durch den Luftkrieg nicht mehr in der Lage war, auch nur die Bevölkerung, die vor dem Kriege hier lebte, aufzunehmen.

In ihrer Intensität ist die Erhöhung der Bevölkerungszahlen jedoch sehr unterschiedlich gewesen; die höchsten Zuwachsraten, nämlich mehr als 100%, finden sich in den Landkreisen Eckernförde, Eutin, Herzogtum Lauenburg, Segeberg und Stormarn, also vorwiegend in landwirtschaftlichen Gebieten mit kleinen Gemeinden. Diese Erscheinung hatte ihre Gründe in erster Linie darin, daß auf dem flachen Land eine größere Wohnraumkapazität vorhanden

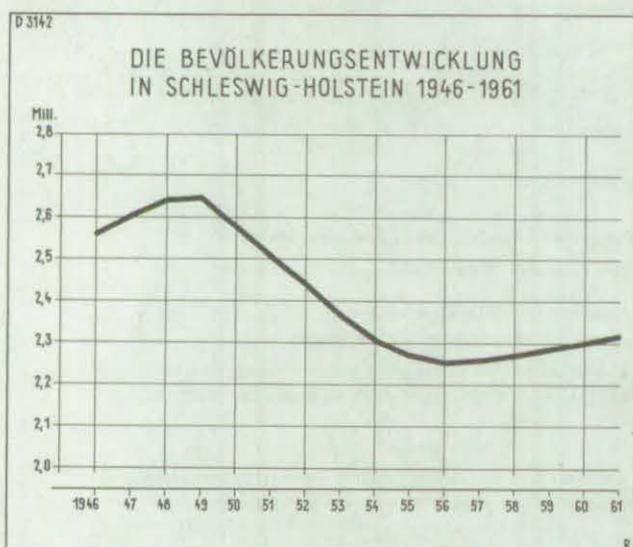
war, indem hier nämlich Räume für Wohnzwecke leichter brauchbar gemacht werden konnten. Weiterhin waren landwirtschaftlich ausgerichtete Gemeinden auch deshalb sehr attraktiv, weil sich hier für die Vertriebenen, die auf Grund der völlig am Boden liegenden deutschen Industrie keine Arbeit fanden, eher eine Erwerbsmöglichkeit bot, die gleichzeitig auch die Nahrungsmittelversorgung sicherte. Da diese Voraussetzungen in den kreisfreien Städten nicht gegeben waren, nahm die Einwohnerzahl in den Landkreisen etwa viermal so stark zu wie in den kreisfreien Städten. Dies war z. T. allerdings auch bedingt durch Kriegszerstörungen, die hauptsächlich in Kiel und Lübeck den Wohnungsbestand dezimiert hatten.

Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 1961

Nachdem die Bevölkerungszahl 1950 fast 2,6 Millionen betragen hatte, nahm sie bis zur Volkszählung 1961 um insgesamt 278 000 auf 2 317 000 ab. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine kontinuierliche Entwicklung, sondern die Bevölkerungszahl nahm erst sehr stark ab und stieg später allmählich wieder an. Schon im Jahre 1950 mit dem Wiederaufbau der Industrie in Deutschland begann die Umsiedlung der Vertriebenen aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer. Diese staatlich organisierte Abwanderung aus Schleswig-Holstein hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1953, als die Lebens- und Arbeitsbedingungen sich in den anderen Bundesländern günstig entwickelt hatten. In den Jahren 1954 - 1956 verringerte sich die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins nicht mehr so stark, Ende 1956, als die Umsiedlungsaktionen ihre Bedeutung für die Entwicklung der Bevölkerungszahl verloren hatten, war sie jedoch seit 1950 um mehr als 300 000 Personen gesunken.

Von 1957 an, als die Industrie in Teilen Schleswig-Holsteins und in Hamburg sich stärker zu entwickeln begann und als Schleswig-Holstein im Rahmen der Aufstellung der Bundeswehr mehrere Garnisonen bekam, begann die Bevölkerung Schleswig-Holsteins langsam wieder zu wachsen.

Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1950 weicht von den Bevölkerungsveränderungen der anderen Bundesländer erheblich ab. Während dort im allgemeinen seit 1950 ein kontinuierliches Anwachsen der Bevölkerungszahlen zu bemerken ist, hatte Schleswig-Holstein durch die Umsiedlungsaktionen zuerst eine starke Abnahme und nur in



Die Bevölkerung in den Kreisen 1939, 1950 und 1961

Kreis	17. 5. 1939	13. 9. 1950	6. 6. 1961		
	insgesamt			männlich	weiblich
Flensburg	70 871	102 832	98 526	46 099	52 427
Kiel	275 419	257 455	273 277	128 484	144 793
Lübeck	154 819	238 276	234 643	107 371	127 272
Neumünster	54 094	73 481	75 072	35 109	39 963
Eckernförde	42 217	85 020	63 487	30 569	32 918
Eiderstedt	15 136	26 174	19 095	8 852	10 243
Eutin	51 501	107 152	89 035	40 903	48 132
Flensburg-Land	44 674	78 840	63 319	31 106	32 213
Hzgt. Lauenburg	72 810	150 218	130 453	61 634	68 819
Husum	47 476	78 446	62 949	30 439	32 510
Norderdithmarschen	44 347	77 536	57 154	26 488	30 666
Oldenburg (Holst.)	52 954	99 556	79 539	38 255	41 284
Pinneberg	111 413	199 853	214 473	102 400	112 073
Plön	67 434	124 276	109 029	52 302	56 727
Rendsburg	98 228	183 849	157 953	74 993	82 960
Schleswig	77 595	127 798	97 784	46 310	51 474
Segeberg	53 736	111 312	94 249	44 717	49 532
Steinburg	86 141	156 045	121 752	56 917	64 835
Stormarn	67 889	146 431	143 638	68 091	75 547
Süderdithmarschen	53 990	98 225	71 789	33 920	37 869
Südtondern	46 267	71 873	59 406	27 799	31 607
Schleswig-Holstein	1 589 011	2 594 648	2 316 622	1 092 758	1 223 864

den letzten Jahren eine leichte Zunahme der Bevölkerung zu verzeichnen. Außer in Niedersachsen - wo die Verhältnisse ähnlich wie in Schleswig-Holstein lagen - waren die Bevölkerungszahlen in allen Bundesländern am 6. 6. 1961 höher als 1950.

Bevölkerungsentwicklung nach Kreisen

Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1950 ist kreisweise sehr unterschiedlich. In den mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Landkreisen Eckernförde, Eiderstedt, Norderdithmarschen und Süderdithmarschen verringerten sich die Bevölkerungszahlen um mehr als ein Viertel der Einwohner, die im Jahre 1950 dort lebten. Gerade aus diesen Gebieten zogen Vertriebene fort, um in der Industrie - vor allem Nordrhein-Westfalens - Arbeitsmöglichkeiten zu finden.

Neben den kreisfreien Städten Kiel und Neumünster, die durch den Wiederaufbau von Wohnungen und einer leistungsfähigen Industrie einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben, war es der Landkreis Pinneberg, der eine außerordentlich hohe Zuwachsrate hatte. Durch seine verkehrsgünstige Lage zu Hamburg hat dieser Landkreis mit dem ebenso günstig gelegenen Landkreis Stormarn seit 1956 eine Bevölkerungszunahme von rd. 32 000 Personen. Als bevorzugtes Wohngebiet für in Hamburg beschäftigte Personen haben vor allem die Städte Wedel und Ahrensburg sowie die Gemeinden Harksheide und Garstedt ihre Einwohnerzahl seit 1950 erheblich erhöhen können¹.

Bevölkerungsbilanz

Vom 13. 9. 1950 bis 6. 6. 1961 zogen aus Schleswig-Holstein rd. 380 000 Personen² mehr fort als zu, woraus ein negativer Wanderungssaldo in dieser Höhe resultiert.

Im gleichen Zeitraum wurden in Schleswig-Holstein 376 000 Kinder geboren, und 274 000 Personen starben, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 102 000 ergibt. Die gesamte Bevölkerungsabnahme setzt sich demnach zusammen aus:

Wanderungssaldo	- 380 000
Geburtenüberschuss	102 000
	- 278 000

Die Bevölkerungsabnahme in Schleswig-Holstein während der letzten elf Jahre ist also ausschließlich durch die Wanderung über die Landesgrenzen begründet.

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Die Aufgliederung der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen zeigt die eingangs schon verdeutlichte Entwicklung sehr klar. Im Jahre 1939 überwogen in Schleswig-Holstein die Kleingemeinden; rd. 67% aller Gemeinden hatten weniger als 500 und nur knapp 3% hatten mehr als 5 000 Einwohner.

Zur Volkszählung 1950 zeigte sich ein erheblich anderes Bild:

Nunmehr gab es nur noch 38% Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. Der Zustrom der Vertriebenen nämlich war in erster Linie aus

1) über die Bevölkerung in den Ämtern siehe auch Graphik des Monats September 1962

2) durch Differenzbildung ermittelt

Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	17. 5. 1939		13. 9. 1950		6. 6. 1961	
	Ge- mei- nen	Ein- wohner	Ge- mei- nen	Ein- wohner	Ge- mei- nen	Ein- wohner
Grundzahlen						
unter 500	940	233 511	528	166 014	796	212 613
500 - 1 000	270	185 019	439	306 583	310	219 498
1 000 - 2 000	92	125 537	252	341 416	147	199 961
2 000 - 3 000	33	82 775	63	152 376	30	73 987
3 000 - 5 000	23	87 090	37	144 456	47	179 099
5 000 - 10 000	25	169 722	47	326 265	35	254 545
10 000 - 20 000	4	54 569	16	221 279	17	235 743
20 000 - 50 000	4	95 585	9	264 215	9	259 658
50 000 - 100 000	2	124 965	1	73 481	2	173 598
100 000 und mehr	2	430 238	3	598 563	2	507 920
Insgesamt	1 395	1 589 011	1 395	2 594 648	1 395	2 316 622
in % der Gesamtzahlen						
unter 500	67,4	14,7	37,8	6,4	57,1	9,2
500 - 1 000	19,4	11,6	31,5	11,8	22,2	9,5
1 000 - 2 000	6,6	7,9	18,1	13,2	10,5	8,6
2 000 - 3 000	2,4	5,2	4,5	5,9	2,2	3,2
3 000 - 5 000	1,6	5,5	2,7	5,6	3,4	7,7
5 000 - 10 000	1,8	10,7	3,4	12,6	2,5	11,0
10 000 - 20 000	0,3	3,4	1,1	8,5	1,2	10,2
20 000 - 50 000	0,3	6,0	0,6	10,2	0,6	11,2
50 000 - 100 000	0,1	7,9	0,1	2,8	0,1	7,5
100 000 und mehr	0,1	27,1	0,2	23,1	0,1	21,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

den schon erwähnten Gründen in die Kleingemeinden gegangen, so daß diese oft nun in die nächsthöhere Gemeindegrößenklasse aufrückten. In den beiden Gemeindegrößenklassen 500 - 1 000 und 1 000 - 2 000, in denen 1939 nur 26% enthalten waren, fanden sich nun fast 50% der Gemeinden Schleswig-Holsteins.

Einige Gemeinden aus diesen beiden Gruppen wiederum waren in die nächsthöheren Gemeindegrößenklassen aufgerückt, so daß zu den Gemeinden bis 5 000 Einwohner nunmehr insge-

samt 1 319 von 1 395 gehörten. In den gleichen Gemeinden lebten zur Volkszählung 1950 rund 1,11 Millionen Menschen gegenüber 591 000 im Jahre 1939; hier hatte sich die Bevölkerungszahl durch den Zustrom der Vertriebenen also nahezu verdoppelt. Bei der Volks- und Berufszählung 1961 - nachdem inzwischen die Umsiedlung stattgefunden hatte - wohnten in diesen 1 319 Gemeinden nur noch 841 000 Personen, seit 1950 ist hier also eine Bevölkerungsabnahme von 270 000 Einwohnern zu verzeichnen. Da die gesamte Bevölkerungsabnahme zwischen diesen beiden Volkszählungen nur 278 000 Personen betrug, kann die Abnahme in den Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern per Saldo nur noch 8 000 sein. Hieraus läßt sich sehr deutlich ersehen, daß die Bevölkerungsabnahme vorwiegend auf kleine Landgemeinden beschränkt war. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 zeigt sich damit folgendes Bild:

Gemeinden mit . . . Einwohnern	Anteil	
	der Gemeinden	der Einwohnerzahl
	an der Gesamtzahl	
unter 5 000	95,3	38,2
5 000 - 50 000	4,4	32,4
50 000 und mehr	0,3	29,4

Einer großen Zahl von kleinen Gemeinden mit einem geringen Bevölkerungsanteil steht also eine kleine Zahl von großen Gemeinden, Mittel- und Großstädten gegenüber, in denen mehr als 60% der Bevölkerung leben.

Dipl.-Volksw. Gerhard G. Spielmann

Vergleiche auch: "Bevölkerungsstand und -entwicklung in Schleswig-Holstein im Jahre 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 8 (Januar) und "Die Bevölkerung des Bundesgebietes nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 6. Juni 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 249 (Mai)

Die Struktur der schleswig-holsteinischen Mischfutterindustrie

- Von Reg.-Landwirtschaftsrat Klaus Ludloff, Kiel -

Im Wirtschaftsjahr 1961/62 hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft 908 000 t Mischfutter verfüttert, von denen 138 000 t aus Hamburg zugekauft und 770 000 t in Schleswig-Holstein hergestellt wurden. Im Bundesgebiet wurden im gleichen Jahr insgesamt 4,6 Mill. t Mischfutter hergestellt, davon hat also die schleswig-holsteinische Mischfutterindustrie 16% hergestellt und die Landwirtschaft 20% verfüttert. Der hohe Mischfutterverbrauch in Schleswig-Holstein hat im wesentlichen zwei Gründe. Einmal ist die intensive Nutztier-

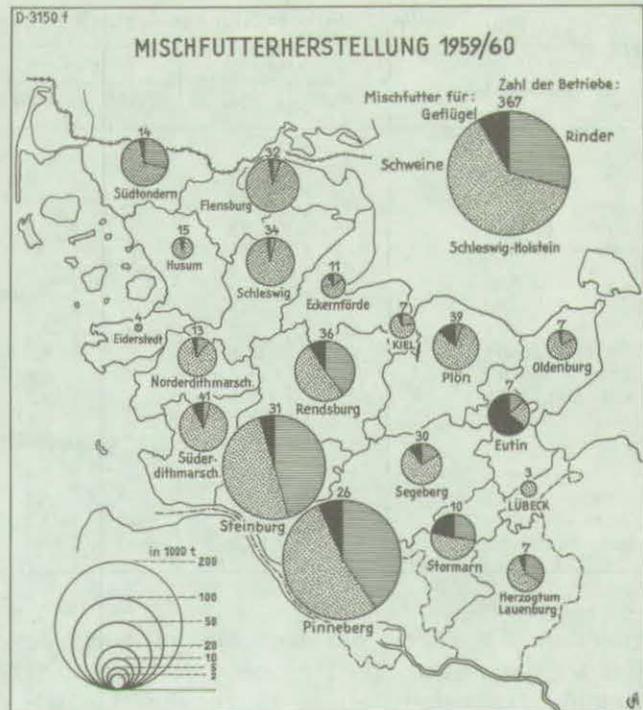
haltung in Schleswig-Holstein sowohl aus ernährungsphysiologischen Gründen als auch aus arbeitswirtschaftlichen Gründen ohne das Mischfutter nicht denkbar. Zum anderen war in Schleswig-Holstein die Schweinemast seit jeher auf Getreide als Hauptfuttermittel aufgebaut, während es in Ost-, Mittel- und Süddeutschland die Kartoffel war. So entfielen in den Jahren 1935/38 8,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Bundesgebietes auf Schleswig-Holstein, aber 6,3% der Getreideanbaufläche und nur 3% der Kartoffelanbaufläche. In den

Jahren 1955/60 lauten die entsprechenden Zahlen 8,3% Nutzfläche, 8,1% der Getreide- und 4,3% der Kartoffelanbaufläche.

Mit der außerordentlich starken Zunahme der Mischfutterherstellung geht einher, daß auch die Zahl der Herstellerbetriebe stark zugenommen hat. Das hat seine Ursache zu einem wesentlichen Teil darin, daß die schleswig-holsteinischen Mühlen seit jeher neben der Müllerei ein Landhandelsgeschäft und insbesondere den Getreidehandel betrieben. Die Konzentration in der Mühlenwirtschaft, verbunden mit dem Rückgang des Mehilverzehrs, führten dazu, daß seit 1950/51 443 Mühlen die Müllerei aufgegeben haben. Viele dieser Betriebe haben als Ausgleich für die verlorene Beschäftigung in der Müllerei die Mischfutterherstellung aufgenommen und so ihre Existenz behaupten können. 1950/51 stellten insgesamt 141 Betriebe in Schleswig-Holstein Mischfutter her. 1961/62 waren es 402 Betriebe, davon 214 Mühlenbetriebe, 98 Handelsbetriebe und 90 Genossenschaften. Da unter den 98 Handelsbetrieben auch solche ehemaligen Mühlenbetriebe zu finden sind, die schon länger die Brotgetreidevermahlung aufgegeben haben, läßt sich heute nicht mehr nachprüfen, wie viele stillgelegte Mühlen zur Mischfutterherstellung übergegangen sind. Ihre Zahl ließe sich allenfalls grob schätzen, und zwar auf mindestens 150, allerhöchstens knapp 200 Betriebe.

Ein weiterer Grund für die Zunahme der Zahl der Herstellerbetriebe ist darin zu sehen, daß der Rohstoff Getreide - 40 bis 45% des gesamten Mischfutters besteht aus Getreide, bei Schweine- und Geflügelmischfutter dürfte der Getreideanteil noch weit höher liegen - über das ganze Land verteilt anfällt. Da die Landwirtschaft mehr und mehr dazu übergegangen ist, das eigene Getreide zu verkaufen und es in Form von Mischfutter zurückzukaufen,¹ lag es nahe, um lange Transportwege zu vermeiden, das Getreide dort zu veredeln, wo es anfällt, d.h. über das ganze Land verteilt die entsprechenden Produktionsstätten zu schaffen.

Wie das Bild zeigt, ist die Mischfutterherstellung aber nicht über das ganze Land gleichmäßig verteilt, sondern weist eindeutige Schwerpunkte auf. So konzentrierten sich 1959/60 in den Kreisen Pinneberg und Steinburg rund 50% der gesamten Mischfutterherstellung. Bei Rindermischfutter allein sind es sogar 70% und unter Hinzurechnung des Kreises Rendsburg 80%. Dagegen werden in diesen 3 Kreisen nur 40% des Schweinemischfutters hergestellt. Schwerpunkte für die Geflügelmischfutterherstellung liegen in den Kreisen Eutin und Pinneberg, die 50% des in Schleswig-Holstein herge-



stellten Geflügelmischfutters produzierten, und in den Kreisen Stormarn und Steinburg. Diese vier Kreise produzierten 1959/60 zusammen knapp 70% des Geflügelmischfutters.

Die Konzentration der Mischfutterherstellung in den Kreisen Steinburg und Pinneberg hat einmal ihre Ursache in der dort sehr intensiven Nutztierhaltung, insbesondere Schweinemast. Zum anderen liegen die dort ansässigen Betriebe günstig zu den importierten Rohstoffen Getreide und insbesondere Ölkuchen. Neben den wirtschaftlichen Faktoren, die eine Dezentralisation der Mischfutterherstellung begünstigen, existieren also auch ganz entgegengesetzte Kräfte.

In Schleswig-Holstein sind Betriebe aller Größen an der Herstellung von Mischfutter beteiligt. Die Betriebe mit einer Jahresherstellung bis zu 500 t Mischfutter sind als anlaufende Betriebe anzusehen oder solche, bei denen die Mischfutterherstellung nur nebenher betrieben wird, etwa zur Verwertung von Abfällen aus der Getreideverarbeitung, oder es handelt sich überhaupt um Zwergbetriebe. Bei den Betrieben mit einer Jahresherstellung von 500 bis 2 000 t ist die Mischfutterherstellung zu einem echten, für den Betrieb bedeutungsvollen Betriebszweig entwickelt. Bei einer Jahresherstellung von 2 000 bis 10 000 t Mischfutter sind die Betriebe bereits auf einen Absatzbereich eingestellt, der in seinem Umfang über den Bereich eines durchschnittlichen Landhandelsunternehmens hinausgeht. Unter diesen Betrieben befinden sich neben größeren Landhandelsunternehmen bereits solche, die ihre Produktion nicht nur direkt an die landwirtschaftlichen Betriebe

1) siehe auch: "Mischfutterverwendung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 249 (November)

Mischfutterherstellung in Schleswig-Holstein nach der Größe der Herstellerbetriebe

Größenklasse	Rind		Kalb		Schwein		Geflügel		Zusammen	
	1956	1962	1956	1962	1956	1962	1956	1962	1956	1962
	Zahl der Betriebe									
bis 500 t	14	16	—	6	188	186	149	94	213	205
500 — 2 000 t	24	50	—	9	64	133	49	82	65	133
2 000 — 10 000 t	16	35	—	8	19	49	19	36	19	49
mehr als 10 000 t	5	14	—	11	5	15	4	13	5	15
	Hergestelltes Mischfutter in 1 000 t									
bis 500 t	0,7	1,2	—	0,1	27,0	38,7	7,1	4,5	34,9	44,6
500 — 2 000 t	4,6	12,4	—	0,2	51,5	120,1	8,3	9,2	64,4	141,9
2 000 — 10 000 t	22,7	24,1	—	0,6	63,5	143,7	6,2	8,3	92,3	176,7
mehr als 10 000 t	68,5	158,0	—	3,7	50,5	197,0	17,2	53,6	136,3	412,3
	Hergestelltes Mischfutter in % aller Größenklassen									
bis 500 t	0,7	0,6	—	2,5	14,0	7,7	18,2	6,0	10,6	5,7
500 — 2 000 t	4,8	6,3	—	3,7	26,9	24,0	21,5	12,1	19,6	18,3
2 000 — 10 000 t	23,5	12,3	—	13,8	32,9	28,8	16,0	11,0	28,2	22,8
mehr als 10 000 t	71,0	80,8	—	80,0	26,2	39,5	44,3	70,9	41,5	53,2

absetzen, sondern darüber hinaus auch den Handel beliefern. Die Betriebe mit mehr als 10 000 t Jahresherstellung dürften ihre Produktion hauptsächlich über den Futtermittelhandel absetzen.

Bei den einzelnen Mischfutterarten sind die verschiedenen Betriebsgrößengruppen unterschiedlich beteiligt. Während die Großbetriebe über 10 000 t Jahresherstellung 80% des gesamten Rinder- und Kälbermischfutters herstellen, ist ihr Anteil beim Geflügelmischfutter von 44% kontinuierlich auf 70% gestiegen. Ihr Anteil an der Schweinemischfutterherstellung ist am geringsten. Er schwankt hier zwischen 26 und 41%. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der kleinsten Betriebe beim Schweinemischfutter am größten und am geringsten bei Rindermischfutter. Das darf als eine Bestätigung dafür gewertet werden, daß der Standort des Mischfutterbetriebes zum Rohstoff von großer Bedeutung ist, da Hauptbestandteil des Rindermischfutters die Rückstände sind, die bei der Verarbeitung eingeführter Ölsaaten anfallen, der Hauptbestandteil des Schweinemischfutters dagegen Getreide ist. Insgesamt gesehen ist der Anteil der Kleinstbetriebe an der Mischfutterherstellung ständig zurückgegangen, während ihre Zahl weitgehend konstant blieb.

Der Anteil der kleineren Mittelbetriebe (500 - 2 000 t Jahresherstellung) ist seit Jahren mit 18 - 19% recht konstant, während der Anteil der größeren Mittelbetriebe (2 000 - 10 000 t) zwischen 28% 1955/56 und 15% 1957/58 schwankte. Die Anzahl der Betriebe in diesen Größengruppen ist in dem betrachteten Zeitraum beachtlich gestiegen. Sie hat sich in beiden Fällen mehr

als verdoppelt. Der Anteil der Großbetriebe an der Gesamtherstellung bewegt sich seit Jahren um 50%. Die Zahl dieser Betriebe hat sich seit 1955/56 sogar verdreifacht. Die Schwankungen des Anteils der einzelnen Größengruppen an der Gesamtherstellung, die von einem Jahr zum anderen oft recht groß sind, ergeben sich vor allem daraus, daß die Betriebe, wenn ihre Jahresherstellung die statistische Grenze überschreitet, in eine andere Gruppe eingereiht werden und ihren Marktanteil in diese Gruppe mitnehmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Zahl der Mischfutterhersteller von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Allerdings erhöhte sich die Mischfutterproduktion schneller, so daß heute im Durchschnitt jeder Betrieb mehr Mischfutter herstellt als in den zurückliegenden Jahren. Erfreulich ist auch die große Zahl der Betriebe, in denen die Mischfutterproduktion zu einem wesentlichen Betriebszweig geworden ist. Da eine lohnende Mischfutterherstellung wegen der dafür notwendigen technischen Einrichtungen und der fachlichen Qualifikation hohe Ansprüche stellt, ist eine gewisse Mindestgröße Voraussetzung. In Schleswig-Holstein sind keine Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß aus der Struktur der Hersteller heraus die Qualität des Mischfutters, an die im Interesse einer rentablen Veredelungsproduktion höchste Ansprüche gestellt werden müssen, gefährdet sein könnte. Sowohl hinsichtlich der Größensstruktur als auch hinsichtlich der geographischen Verteilung der Produktionskapazitäten, bietet die Mischfutterindustrie das Bild eines zwar schnell, doch organisch gewachsenen Wirtschaftszweiges.

Die Lieferung von Handelsdünger für den Verbrauch in der Landwirtschaft

1961/62

Die im Wirtschaftsjahr 1961/62 an den Handel und die Genossenschaften angelieferten Handelsdüngermengen waren insgesamt, in t Reinnährstoff gerechnet, geringfügig größer als im Vorjahr. Das gilt für die beiden Gruppen der eigentlichen Pflanzendünger Stickstoff und Kali. Die Düngerkalkmenge, die in verschiedenen Formen auf das Land gebracht wurde, war etwa die gleiche wie 1960/61. Dagegen wurde weniger Phosphat bezogen:

	Stickstoff	Phosphat	Kali	Kalk
	- 1 000 t Reinnährstoff -			
1961/62	69,2	67,8	91,8	45,7
Veränderung gegen 1960/61 in %	+ 3	- 3	+ 3	+ 0

Seit 1955/56 gewährt der Bund Förderungsmittel, um den Handelsdüngerverbrauch zu steigern. In den Jahren von 1951/52 bis 1954/55 betrug der Aufwandteil für Handelsdünger an den laufenden Betriebsausgaben von rd. 750 in ganz Schleswig-Holstein ausgewählten Betrieben¹ über 20 ha LN zwischen 12 und 13%. Nach der Düngemittelverbilligung bewegte sich dieser Anteil in den einzelnen Jahren zwischen 10 und etwa 11%, wobei mehr Handelsdünger gestreut wurde als vor der Verbilligung. Aber ab 1959/60 wurde die Düngemittelverbilligung verringert. Das hat, zumal die Bundeszuschüsse in Stufen abgebaut wurden, den Düngemittelabsatz 1959/60 keineswegs beeinträchtigt. Immerhin erhöhte sich der Anteil des Handelsdüngeraufwandes an den laufenden Betriebsausgaben von 1958/59 bis 1959/60 von rd. 10 auf gut 11% bei einer Zunahme der laufenden Betriebsausgaben um fast 7%. Im folgenden Jahr ist dieser Anteil wieder auf 10,4% zurückgegangen bei insgesamt etwa gleich gebliebenen Betriebsausgaben. Das entspricht dem für 1960/61 im nebenstehenden Bild gezeigten Rückgang des Düngemittelbezuges 1960/61 gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang beschränkte sich nicht auf Schleswig-Holstein allein, sondern zeigte sich auch im Bundesdurchschnitt. Schon aus der Abnahme 1960/61 und aus der nur geringen Zunahme des Düngemittelverbrauchs 1961/62 auf den vorläufigen Abschluß der in den Vorjahren beobachteten großen Verbrauchszunahme zu schließen, dürfte noch zu früh sein. Hierzu ist mindestens das nächste Jahresergebnis abzuwarten, da die Witterung beispielsweise 1960/61 die Grunddüngung sehr beeinträchtigte.



Im Wirtschaftsjahr 1961/62 hat sich der Anteil des Mehrnährstoffdüngers am gesamten Düngeraufwand weiter erhöht. Neben Phosphat und Kali wurde auch weniger Stickstoff als Einzeldünger ausgebracht. Alle drei Nährstoffgruppen zusammengefaßt wurden mengenmäßig erstmals zur Hälfte als Mehrnährstoffdünger dem Boden zugeführt:

Anteil des Mehrnährstoffdüngers an den Handelsdüngertieferungen in Schleswig-Holstein in %

	Handelsdüngertieferungen zum Verbrauch in der Landwirtschaft		
	1957/58	1959/60	1961/62
Anteil der Mehrnährstoffdünger			
am Stickstoffdünger	22,3	26,8	32,2
am Phosphatdünger	36,4	42,6	57,5
am Kalidünger	35,4	46,0	60,2
zusammen	32,0	39,6	50,9

Unter den Einzeldüngern bevorzugte die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein beim Stickstoff weiterhin die Ammonsalpetersorten, beim Phosphat das Thomasmehl und beim Kali das 40er Düngesalz:

	Verbrauch	Anteil an den Einzeldüngern
	t	%
Ammonsalpetersorten	37 700	80
Thomasmehl	24 300	84
40er Kali	23 000	63

Im Vergleich zu anderen Bundesländern wurde 1961/62 in Schleswig-Holstein wenig Kalkstickstoff eingesetzt. Die bezogene Thomasmehlmenge blieb in diesem Jahr fast um 20%

1) Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftskammer

unter dem Vorjahresergebnis. Im Bundesdurchschnitt hat sich der Thomasmehlbezug im gleichen Zeitabschnitt ebenfalls, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, verringert. Im Gegensatz zu den süddeutschen Ländern wurden neben den hochprozentigen Kalisalzen in Schleswig-Holstein auch Kalirohsalze (einschl. Hederrich-Kainit) relativ häufig angewandt. Naturgemäß werden aber diese Salze in Niedersachsen in viel größeren Mengen bezogen als in Schleswig-Holstein, da sie in Niedersachsen gewonnen werden. Infolge des verhältnismäßig niedrigen K_2O -Gehaltes ist der Transport, bezogen auf die K_2O -Einheit, teurer als beim hochprozentigen Kali.

In der Anwendung von kohlenstoffsaurem Kalk, Branntkalk oder Mischkalk bestehen große Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und den anderen Bundesländern. So wurde in Schleswig-Holstein auch 1961/62 wieder über die

Hälfte des gesamten Düngekalks in der Form von kohlenstoffsaurem Kalk geliefert. Im Bundesdurchschnitt hat Branntkalk mit 61% den höchsten Anteil an den Düngekalklieferungen.

Anmerkung:

Die Angaben über Lieferungen von Düngemitteln für den Verbrauch in der Landwirtschaft innerhalb eines Wirtschaftsjahres decken sich nicht genau mit dem tatsächlichen Verbrauch, da sich beide Tatbestände infolge Frühbezug usw. überschneiden können. Diese Verschiebungen dürften sich jedoch in engen Grenzen halten. In den Angaben für Kalkdüngemittel sind nur die Lieferungen an reinen Düngekalkarten enthalten; die Kalkgehalte anderer Nährstoffträger blieben unberücksichtigt.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind zu einem Gebiet zusammengefasst. Bei den Zahlen für 1961/62 in diesem Aufsatz handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1960/61" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 10 (Januar)

Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1960

Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1960

Die auf den 1. Januar 1960 durchgeführte Vermögensteuerhauptveranlagung umfaßte in Schleswig-Holstein 16 850 Steuerpflichtige mit einem Gesamtvermögen¹ von 2,8 Mrd. DM. Hierfür wurde eine Jahressteuerschuld von 21 Mill. DM neu festgesetzt.

Gegenüber 1957, dem Zeitpunkt der letzten Hauptveranlagung, hatte sich damit die Anzahl der Steuerpflichtigen um 6 080 oder fast drei Zehntel vermindert, während sich das Gesamtvermögen um beinahe 1 Mrd. DM oder die Hälfte ausdehnte. Im gleichen Ausmaß ist die Jahressteuerschuld gestiegen. Insgesamt mußten die Steuerpflichtigen in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1960 die Hälfte oder 7 Mill. DM mehr Steuern aufbringen als drei Jahre zuvor. Das entspricht einem Anstieg der durchschnittlichen Steuerleistung je Veranlagten von 615 DM auf 1 248 DM. Der einzelne Veranlagte zahlte also im Durchschnitt mehr als doppelt so viel Steuern wie 1957.

Vergleicht man die Ergebnisse der Hauptveranlagung des Jahres 1953, als die erste Vermögensteuerstatistik nach dem Kriege durchgeführt wurde, mit denen von 1960 so ergibt sich, daß die Zahl der Steuerpflichtigen um ein Drittel abgenommen hat, während sich das

Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld der veranlagten Vermögensteuerpflichtigen

Gliederung	1957	1960	Veränderung in %
Steuerpflichtige	22 928	16 851	- 27
Gesamtvermögen ¹ in Mill. DM	1 943	2 837	+ 46
Steuerschuld in Mill. DM	14	21	+ 49

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

Gesamtvermögen fast verdoppelte und die Steuerschuld mehr als verdoppelte. Das Gesamtvermögen der Veranlagten ist im Durchschnitt von 58 000 auf 168 000 DM gestiegen. Es hat sich also seit 1953 beinahe verdreifacht. Dieser Anstieg ist um so bemerkenswerter, als verschiedene Vermögensteile immer noch nach Werten angesetzt werden, die als Ertragswerte nach den Wert- und Preisverhältnissen vom 1. 1. 1935 errechnet worden sind. Dieses gilt für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen sowie für das Grundvermögen. Dementsprechend sind auch die Betriebsgrundstücke nur mit ihren Vorkriegswerten in den Einheitswerten des Betriebsvermögens enthalten, das wiederum ebenso wie das Kapitalvermögen² nach den

2) Nach dem Bewertungsgesetz "Sonstiges Vermögen"; dazu gehören hauptsächlich Bankguthaben, Kapitalforderungen, Geschäftsanteile und Wertpapiere

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

Wertverhältnissen am 1. 1. 1960 berechnet worden ist. Die von der Vermögensteuerstatistik ausgewiesenen Vermögenswerte entsprechen also nicht den realen Werten, sondern sind nur Veranlagungswerte. Hinzu kommt noch, daß bei der Darstellung der Veranlagungsergebnisse nur von vermögensteuerrechtlichen Begriffen und Berechnungen ausgegangen werden kann, und sich somit nicht etwa ein Gesamtbild über die Zahl der Vermögenden in Schleswig-Holstein oder den Wert ihres Vermögens gewinnen läßt, wie es z. B. für eine volkswirtschaftliche Gesamtvermögenrechnung notwendig wäre.

Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld der unbeschränkt Steuerpflichtigen

	Natürliche Personen			Körperschaften		
	1957	1960	Veränderung in %	1957	1960	Veränderung in %
Steuerpflichtige	20 418	14 538	- 29	1 440	1 529	+ 6
Gesamtvermögen						
positiv in Mill. DM	1 391	2 036	+46	532	782	+ 47
negativ in Mill. DM	x	x	x	46	47	+ 2
Steuerschuld in Mill. DM	9	13	+50	5	7	+ 50

Die Aufteilung der unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Personenarten zeigt keine wesentliche Änderung. Gegenüber der letzten Hauptveranlagung am 1. 1. 1957 ist die Zahl der vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen um drei Zehntel zurückgegangen, die der Körperschaften dagegen um 6% gestiegen. Das Steueränderungsgesetz vom 13. 7. 1961 und die unterschiedlichen Bewertungsvorschriften haben hauptsächlich zum Rückgang der Zahl der veranlagten natürlichen Personen beigetragen. Der Anteil der Körperschaften an den unbeschränkt Steuerpflichtigen hat sich dadurch um 2% auf knapp ein Zehntel vermehrt. Ihr Anteil am Gesamtvermögen der unbeschränkt Steuerpflichtigen betrug wie 1957 nicht ganz drei Zehntel.

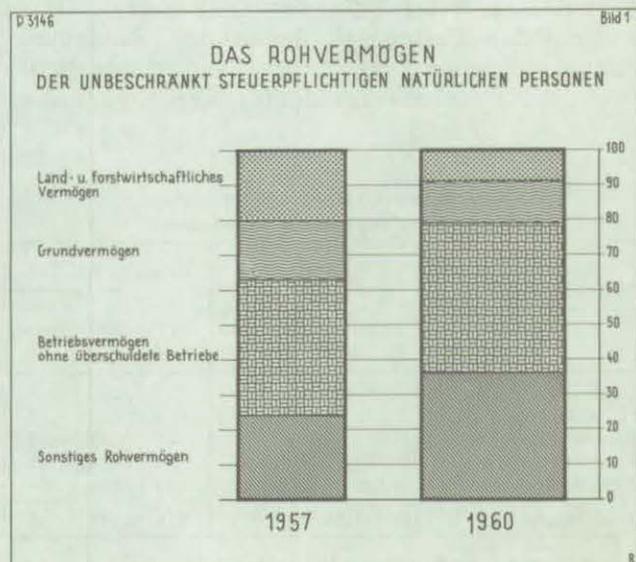
Der an und für sich schon geringe Anteil der beschränkt Steuerpflichtigen am Gesamtergebnis hat weiter abgenommen. Von diesen, den veranlagten ausländischen Steuerpflichtigen mit Vermögen in Schleswig-Holstein, gibt es nur noch 784, das sind nicht einmal 5% der gesamten veranlagten Vermögensteuerpflichtigen.

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Rohvermögen

Ausgangspunkt für die Ermittlung des vermögensteuerlichen Gesamtvermögens der na-

türlichen Personen ist das Rohvermögen, das sich aus den Einheitswerten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens und des Betriebsvermögens sowie aus dem Kapitalvermögen zusammensetzt. Für insgesamt 14 500 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen ergab sich in Schleswig-Holstein zum Veranlagungszeitpunkt ein Rohvermögen von 2,5 Mrd. DM. Im Vergleich zu 1957 hat sich das Rohvermögen um 0,6 Mrd. DM oder ein Drittel erhöht, während sich die Anzahl der Steuerpflichtigen um drei Zehntel verminderte, was nicht zuletzt auf die wesentliche Erhöhung der Freigrenzen zurückzuführen ist. Im Durchschnitt besaß jeder Veranlagte 1960 ein Rohvermögen im Wert von 175 000 DM gegenüber 94 000 DM drei Jahre zuvor. Um diesen Zahlen einen Aussagewert zu geben, wird - in Anlehnung an das im Vermögensteuergesetz verankerte Prinzip der Haushaltsbesteuerung - die Zahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen mit der der Haushalte in Schleswig-Holstein verglichen. Am 1. 1. 1960 gab es in Schleswig-Holstein etwa 750 000 Haushalte. Von diesen wurden 33 000 - also nicht einmal jeder zwanzigste - in den Veranlagungsakten der Finanzämter geführt (= 4,4%), aber nur 14 500 (= 1,9%) Haushalte wurden auch veranlagt. Davon wiederum brauchten nur wenig mehr als 10 000 Haushalte (= 1,3%) Vermögensteuer zu zahlen. Damit verfügten am 1. 1. 1960 von tausend schleswig-holsteinischen Haushalten nur dreizehn über ein Vermögen, das über die jeweils in Frage kommenden Freibetragssummen des Vermögensteuergesetzes hinausging. Daraus wird ersichtlich, daß, selbst wenn man die oben aufgezeigten Bewertungsunterschiede berücksichtigt, die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen nicht so groß ist, wie landläufig angenommen wird. Die Vermögensteuer ist im Rahmen des deutschen Steuersystems nur eine Ergänzungssteuer, die sich



auf eine Ausschöpfung der durch den Vermögensbesitz begründeten zusätzlichen Leistungsfähigkeit beschränkt. In den Fällen jedoch, wo sie angewandt wird, ist sie eine reine Substanzsteuer, d. h. sie wird ohne Rücksicht auf die Belastung des Vermögens mit anderen Steuern erhoben.

Bei den vier Vermögensarten verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. Am stärksten wich sie beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen von der Gesamtentwicklung ab. Sowohl für die Zahl der Fälle (- 47%) mit Vermögen aus dieser Vermögensart als auch für die Beträge (- 41%) ergab sich ein kräftiger Rückgang. Der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens am Rohvermögen verminderte sich damit auf ein Zehntel gegenüber zwei Zehnteln 1957 bzw. einem Drittel 1953. Dies ist nicht etwa ein realer, sondern ein "bewertungstechnischer" Vermögensschwund. Es wurde bereits eingangs darauf hingewiesen, daß für diese Vermögensart immer noch die Einheitswerte von 1935 gelten. Die Schulden können jedoch nach den heutigen Werten von den veralteten abgesetzt werden, sind also keine echten Gegenwerte. Dadurch übersteigen die Schulden mehr und mehr die auf den Wertverhältnissen von 1935 beruhenden Einheitswerte, so daß immer weniger Fälle mit land- und forstwirtschaftlichem Vermögen zur Veranlagung kommen. Es bleibt abzuwarten, welche Änderung die schon lange geplante Reform der Einheitswertfestsetzung bringen wird.

Hinzu kommt noch, daß die Inhaber von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und Weinbaubetrieben bei der Ermittlung des Gesamtvermögens den Überschuß der laufenden Betriebs-einnahmen über die laufenden Betriebsausgaben, der nach dem 30.6. bis 31.12. entstanden ist, abziehen können (§ 32 Abs. 2 in Verbindung mit § 74 Abs. 1 Ziffer 3 Bewertungsgesetz). Da in zahlreichen Fällen, in denen der Einnahmeüberschuß weder das übrige Vermögen erhöhte noch die Schulden minderte, der Eigentümer

eines landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr zur Vermögensteuer herangezogen wurde, mußte die steigende Ertragslage auf die Rohvermögenswerte beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen vermindern wirken. Dadurch blieben immer mehr Fälle dieser Vermögensart unter der Steuerfreigrenze, so daß der Rückgang selbst in dieser Höhe nicht überrascht.

Genauso paradox ist es, daß die Zahl der Fälle mit Grundvermögen (- 21%) ebenso wie die Beträge (- 3%) abgenommen hat, denn die lebhaftige Bautätigkeit der letzten Jahre läßt eher eine Zunahme erwarten. Der Anteil des Grundvermögens am Rohvermögen ging auf 12% zurück (1957: 17%). Auch hier lassen die veralteten Bewertungsvorschriften die wahren Wert- und Preisverhältnisse unberücksichtigt.

Beim Betriebsvermögen verringerte sich zwar ebenfalls die Zahl der Fälle (- 17%) die Beträge dieser Vermögensart nahmen jedoch um fast die Hälfte zu. Dadurch dehnte sich der Anteil des Betriebsvermögens am Rohvermögen von knapp vier Zehnteln im Jahre 1957 auf reichlich vier Zehntel aus. Aber auch dieses Ergebnis wird etwas verwässert, da im Betriebsvermögen die Betriebsgrundstücke enthalten sind. Der reale Wertzuwachs dürfte also größer gewesen sein.

Auch die Zahl der Fälle mit Kapitalvermögen (Sonstigem Vermögen) nahm ab (- 19%), was wohl hauptsächlich an der Erhöhung der Freigrenze liegt. Trotzdem verdoppelten sich die Beträge, so daß sich der Anteil des Kapitalvermögens am Rohvermögen auf über ein Drittel ausdehnte. Das Kapitalvermögen gewinnt also immer mehr an Bedeutung und hatte 1960 in Schleswig-Holstein den gleichen Anteil am Rohvermögen wie 1935. Allerdings vertrat das Kapitalvermögen zu diesem Vorkriegszeitpunkt auch den größten Anteil, während er heute beim Betriebsvermögen liegt. Die 1960 erstmals durchgeführte Aufgliederung dieser Vermögensart zeigt, daß, gemessen an der Zahl der Fälle, die Sparguthaben und Zahlungsmittel an erster Stelle stehen. Nach Abzug der Freibeträge wurden für diese Erfassungsart 203 Mill. DM ausgewiesen. Das in Wertpapierenanteilen und Geschäftsguthaben angelegte Vermögen ist jedoch mit beinahe 650 Mill. DM erheblich gewichtiger, obwohl es in weniger Fällen als das Sparguthaben nachgewiesen wird. Am 1. 1. 1957 machte das gesamte Kapitalvermögen nur gut zwei Drittel dieser Summe aus. Der Zuwachs des Vermögens aus Wertpapieren, der durch die Hausse an den Wertpapiermärkten bedingt wurde, hat also wesentlich dazu beigetragen, daß das Kapitalvermögen in diesem Umfange zunahm.

Das Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Vermögensart	Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1957	1960	Veränderung in %	1957	1960	Veränderung in %
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	7 695	4 046	- 47	391	230	- 41
Grundvermögen ¹	11 657	9 192	- 21	324	313	- 3
Betriebsvermögen ¹	10 390	8 604	- 17	740	1 092	+ 48
Kapitalvermögen ²	9 619	7 788	- 19	462	914	+ 98
Rohvermögen	20 418	14 538	- 29	1 915	2 547	+ 33

1) ohne überschuldete Betriebe 2) = Sonstiges Vermögen

Schulden und sonstige Abzüge

Zur Ermittlung des Gesamtvermögens werden vom Rohvermögen zunächst die Schulden und sonstigen Abzüge - soweit sie nicht schon bei der Feststellung des gewerblichen Betriebsvermögens berücksichtigt worden sind - abgesetzt. Es handelt sich dabei neben den Schulden, die mit dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen und dem Kapitalvermögen in Zusammenhang stehen, um die Hypothekengewinnabgabe, den Zeitwert der Vermögensabgabe und die rückständige Vermögensabgabe. Im Vergleich zu 1957 ist sowohl die Zahl der Steuerpflichtigen mit Schulden (- 31%) als auch der Gesamtbetrag der Schulden und Abzüge (- 3%) zurückgegangen. Da gleichzeitig das Rohvermögen stieg und die Zahl der Steuerpflichtigen mit Rohvermögen weniger stark abnahm, hat sich der Anteil der Schulden am Rohvermögen von 27% auf ein Fünftel vermindert. Es machten jedoch immer noch 83% der Steuerpflichtigen gegenüber 86% im Jahre 1957 Schulden geltend. Im Durchschnitt wies jeder abzugsberechtigte Steuerpflichtige 42 000 DM Schulden aus gegenüber 30 000 DM drei Jahre zuvor.

Gesamtvermögen

Nach Absetzung der Schulden und sonstigen Abzüge vom Rohvermögen verbleibt bei den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen das Gesamtvermögen. Durch den Rückgang der Schulden und die Zunahme des Rohvermögens nahm es seit 1957 beinahe um die Hälfte zu. Es betrug bei einer um drei Zehntel niedrigeren Zahl von Steuerpflichtigen über 2 Mrd. DM. Im Durchschnitt je Veranlagten erreichte das Gesamtvermögen 140 000 DM und erhöhte sich damit auf reichlich das Doppelte.

Freibeträge

Das Gesamtvermögen ist jedoch noch nicht die steuerliche Bemessungsgrundlage, da den natürlichen Personen vom Gesetzgeber bestimmte Freibeträge zugestanden werden. Durch das Steueränderungsgesetz vom 13. Juli 1961 wurden diese Freigrenzen stark heraufgesetzt. Sie betragen für den Steuerpflichtigen selbst und seinen Ehegatten je 20 000 DM (1957: 10 000 DM), für jedes Kind 20 000 DM (1957: 5 000 DM) und bei Alters- und Erwerbsunfähigkeit des Steuerpflichtigen oder des Ehegatten unter bestimmten Voraussetzungen weitere 5 000 DM bis 50 000 DM.

Insgesamt wurden im Jahre 1960 in 37 000 Fällen Freibeträge in Anspruch genommen, das waren wie beim Rohvermögen drei Zehntel weniger als 1957. Im wesentlichen dürfte dieser Rückgang auf die Abnahme der veranlag-

Die Freibeträge der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Freibetrag	Fälle			Betrag in 1 000 DM		
	1957	1960	Veränderung in %	1957	1960	Veränderung in %
für den Steuerpflichtigen	20 418	14 538	- 29	204 180	290 760	+ 42
für die Ehefrau	12 150	8 134	- 33	121 500	162 680	+ 34
für Kinder	12 263	8 461	- 31	61 315	169 220	+ 176
wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit	7 361	5 655	- 23	49 605	111 620	+ 125
Insgesamt	52 192	36 788	- 30	436 600	734 280	+ 68

ten Vermögensteuerpflichtigen zurückzuführen sein. Die bei weitem meisten Freibeträge wurden für den Steuerpflichtigen selbst gewährt, während es für die Ehefrau und die Kinder etwa gleich viele waren.

Der Gesamtbetrag der Vergünstigungen erhöhte sich seit 1957 um fast sieben Zehntel auf 734 Mill. DM. Am stärksten wirkte sich das Steueränderungsgesetz auf die Kinderfreibeträge aus, die sich gegenüber 1957 fast verdreifachten. Die Zunahme der Freibeträge aus Altersgründen und wegen Erwerbsunfähigkeit war ebenfalls überdurchschnittlich (+ 125%). Im Durchschnitt belief sich die Summe der Freibeträge auf rund 50 500 DM je Veranlagungsfall, am 1.1.1957 waren es nur knapp 21 400 DM gewesen.

Steuerpflichtiges Vermögen und Jahressteuerschuld

Bei 4 400 Steuerpflichtigen waren die Freibeträge höher als ihr Gesamtvermögen, so daß ein steuerpflichtiges Vermögen nicht mehr verblieb. Es sind also über drei Zehntel der überhaupt Veranlagten für die Besteuerung ausgefallen. Im Jahre 1957 waren es nur halb so viel gewesen. Die übrigen 10 200 Steuerpflichtigen wiesen nach Abzug der Freibeträge ein steuerpflichtiges Vermögen von 1,4 Mrd. DM

Rohvermögen, Schulden, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Bezeichnung	Steuerpflichtige/Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1957	1960	Veränderung in %	1957	1960	Veränderung in %
Rohvermögen	20 418	14 538	- 29	1 915	2 547	+ 33
Schulden	17 527	12 017	- 31	524	510	- 3
Gesamtvermögen	20 418	14 538	- 29	1 391	2 036	+ 46
Freibeträge	52 192	36 788	- 30	437	734	+ 68
Steuerpflichtiges Vermögen	17 233	10 172	- 41	958	1 379	+ 44
Steuerschuld	17 233	10 172	- 41	9	13	+ 50

aus. Das sind 44% mehr als drei Jahre zuvor, obwohl die Zahl der Veranlagten mit steuerpflichtigem Vermögen um über vier Zehntel abnahm. Diese Abnahme der Zahl der Steuerbelasteten ist auf das kräftige Anwachsen der Zahl der Steuerbefreiten zurückzuführen, die um 37% zunahm. Die Steuerbelasteten versteuerten mit durchschnittlich 135 000 DM über das Doppelte mehr als 1957.

Für die steuerbelasteten natürlichen Personen wurde eine Jahressteuerschuld von 13,2 Mill. DM, das ist eine um die Hälfte höhere als 1957, festgesetzt. Die im Vergleich zum steuerpflichtigen Vermögen verhältnismäßig stärkere Zunahme der Vermögensteuer erklärt sich dadurch, daß die dem ermäßigten Steuersatz von 0,75% unterliegenden Vermögen immer stärker abnehmen; sie gingen von 31% auf 16% des gesamten steuerpflichtigen Vermögens zurück. Das steuerpflichtige Vermögen wurde deshalb effektiv zu 0,96% belastet gegenüber 0,92% im Jahre 1957. Bezieht man die Steuerschuld auf das Reinvermögen (= Gesamtvermögen) so ergibt sich eine effektive Belastung von 0,65% (1957: 0,64%).

Überwiegende Vermögensarten

Eine wirtschaftliche Gliederung der Vermögensteuerpflichtigen liegt, da sie sehr problematisch ist, nicht vor. Mit Hilfe der Gliederung nach der überwiegenden Vermögensart läßt sich jedoch eine grobe Zuordnung durchführen. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß es sich nur um die mittleren und großen "Vermögen" handeln kann, da die kleineren von der Vermögensteuer nicht betroffen und damit auch nicht erfaßt werden. Daher können die Steuerpflichtigen mit überwiegend land- und forstwirtschaftlichem Vermögen nur für die großen und allenfalls noch die mittleren landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein als repräsentativ angesehen werden. Ebenso stellen die Steuerpflichtigen mit überwiegendem Betriebsvermögen nur die mittleren und großen Einzelunternehmen dar. Die Zahl der Haus- und Grundbesitzer dürfte etwa mit den Steuerpflichtigen übereinstimmen, die vorwiegend Grundvermögen besaßen.

Sehr aufschlußreich ist im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Zuordnung eine Berechnung des durchschnittlichen Vermögens der Steuerpflichtigen nach der überwiegenden Vermögensart. Der Durchschnittsbetrag belief sich bei den Steuerpflichtigen mit Kapitalvermögen auf 188 000 DM und war damit fast doppelt so groß wie beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen (96 000 DM). Das Betriebsvermögen - das sind die "Einzelunternehmen" - wies einen Durchschnitt von 151 000 DM aus, das Grund-

vermögen - also die Haus- und Grundbesitzer - nur 68 000 DM. Das Betriebsvermögen nimmt jedoch in der Aufgliederung nach überwiegenden Vermögensarten sowohl hinsichtlich der Zahl der Steuerpflichtigen als auch der Vermögenswerte den ersten Platz ein; dies ist um so bemerkenswerter, als hier die Schulden schon vom Rohvermögen abgezogen worden sind, was für die übrigen Vermögensarten nicht zutrifft.

Das Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach überwiegenden Vermögensarten am 1. 1. 1960

Vermögensart	Rohvermögen, in denen das ... überwiegt				
	land- und forstwirtschaftliche Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen	Kapitalvermögen	zusammen
	%				
Land- und forstwirtschaftl. Vermögen	82	2	1	3	9
Grundvermögen	3	73	8	8	12
Betriebsvermögen	1	13	82	7	43
Kapitalvermögen	13	13	9	82	36
Rohvermögen insgesamt	100	100	100	100	100
Schulden	42	33	20	12	20
Gesamtvermögen	58	67	80	88	80

Wie 1957 machte der Anteil des jeweils überwiegenden Vermögens am Rohvermögen mindestens sieben Zehntel aus. Es traten jedoch kleinere Verschiebungen zugunsten des Kapital- und des Betriebsvermögens ein, so daß beide ebenso wie das land- und forstwirtschaftliche Vermögen nur jeweils 18% von einer anderen als der Hauptvermögensart auswiesen; beim Grundvermögen waren es dagegen 27%.

Die Verschuldung, die insgesamt gesehen seit 1957 zurückgegangen ist, weicht in den einzelnen Vermögensarten wegen der schon eingangs aufgezeigten unterschiedlichen Bewertung erheblich voneinander ab. Die Verschuldung des Betriebsvermögens, die ein Fünftel des Rohvermögens ausmachte, dürfte der wirklichen Verschuldungsquote noch am nächsten kommen, da hier das unterbewertete land- und forstwirtschaftliche Vermögen nur mit 1% und das Grundvermögen nur mit 8% am Rohvermögen beteiligt sind. Entgegengesetzt ist es beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, wo die Schulden über vier Zehntel des Rohvermögens betragen; hier ist der Anteil der gegenwartsnah bewerteten Vermögensarten so gering, daß sie von der landwirtschaftlichen "Verschuldung" geschluckt werden. Aus den gleichen Gründen hat die Schuldenquote des Grundvermögens wenig wirtschaftliche Aussagekraft.

Die nach den überwiegenden Vermögensarten aufgedeuteten Steuerpflichtigen verteilen sich

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart am 1. 1. 1960

Vermögensgruppe in DM	Steuerpflichtige mit überwiegendem			
	land- und forstwirtschaftlichen Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen	Kapitalvermögen
	%			
unter 30 000	19,5	23,4	6,1	9,0
30 000 - 40 000	11,7	13,1	5,5	7,9
40 000 - 50 000	23,9	19,3	15,3	10,5
50 000 - 70 000	22,9	20,0	21,8	16,1
70 000 - 100 000	12,1	12,2	18,2	14,1
100 000 - 250 000	7,6	10,5	22,8	26,7
250 000 - 500 000	1,5	1,1	6,9	8,8
500 000 - 1 000 000	0,7	0,2	2,0	3,7
1 000 000 und mehr	0,3	0,0	1,3	3,4
Insgesamt	100	100	100	100

recht unterschiedlich auf die einzelnen Vermögensgruppen. Erwartungsgemäß sind beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen sowie beim Grundvermögen die unteren Gruppen stärker besetzt als beim Betriebsvermögen oder beim Kapitalvermögen. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde die Struktur beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen sowie beim Grundvermögen erheblich anders aussehen, wenn sie in der gleichen Weise wie die beiden anderen Vermögensarten bewertet worden wären. - Die Zahl der Steuerpflichtigen, deren Vermögen die Millionengrenze überschritt, hat sich seit 1957 beim Betriebsvermögen beinahe verdoppelt und beim Kapitalvermögen mehr als verdreifacht (134 Fälle!), während sie beim Grundvermögen gleich und beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen rückläufig war.

Vermögensschichtung

Die Vermögensschichtung der natürlichen Personen hat sich in den letzten Jahren stark ver-

ändert. Das Ergebnis ist eine merkliche Gewichtsverlagerung von den unteren in die oberen Vermögensgruppen sowohl hinsichtlich der Pflichtigenzahl als auch des steuerpflichtigen Vermögens. Die Zahl der Steuerpflichtigen verminderte sich in den Vermögensgruppen bis 40 000 DM, während das Gesamtvermögen in denen bis zu 100 000 DM abnahm. Am auffallendsten ist die starke Zunahme der Vermögensmillionäre, die sich seit 1957 mehr als verdoppelten und seit 1953 versechsfachten. Ihr Gesamtvermögen wuchs von 213 Mill. DM im Jahre 1957 auf 554 Mill. DM am 1. 1. 1960. Damit besaßen die Vermögensmillionäre über ein Viertel (1957; knapp ein Sechstel!) des überhaupt nachgewiesenen Reinvermögens von 2 Mrd. DM, stellten aber nicht einmal 2% der Steuerpflichtigen.

Das Anwachsen der Vermögen und die höheren Freigrenzen bedingten, daß nur noch ein Zehntel des Vermögens in der Gruppe bis 50 000 DM zu finden war. Am 1. 1. 1957 war es noch fast ein Drittel. Die Vermögen über 100 000 DM dehnten

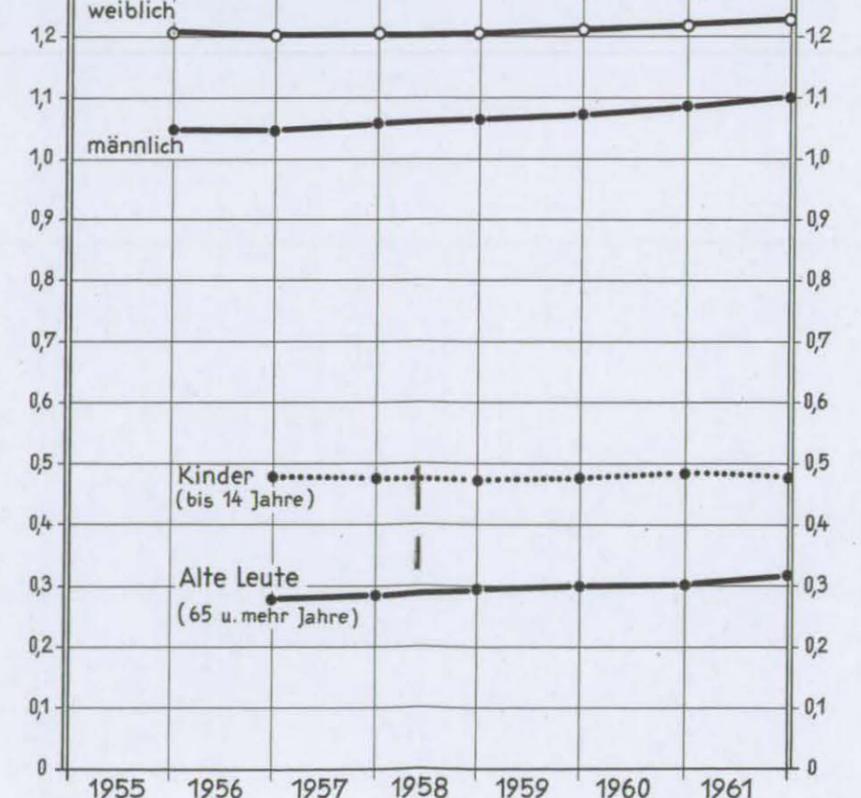
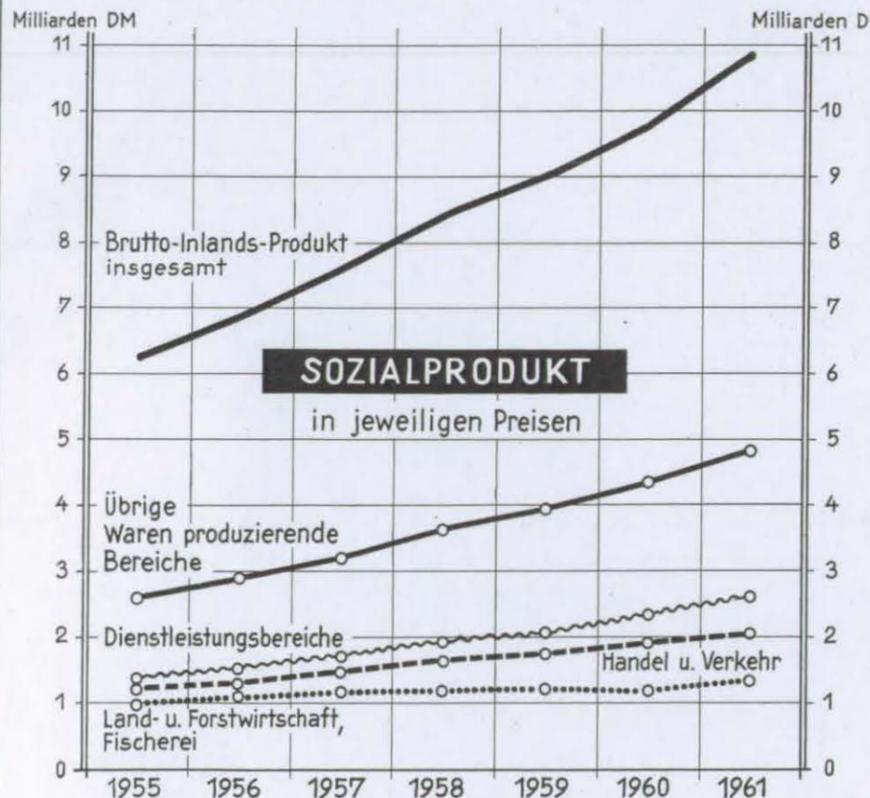
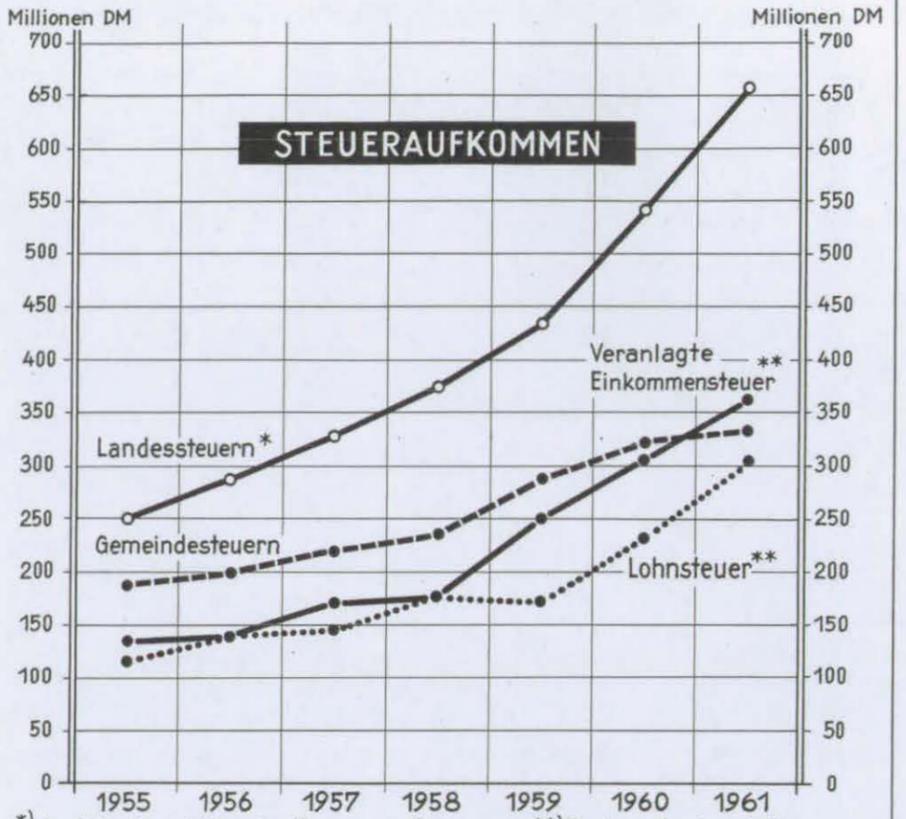
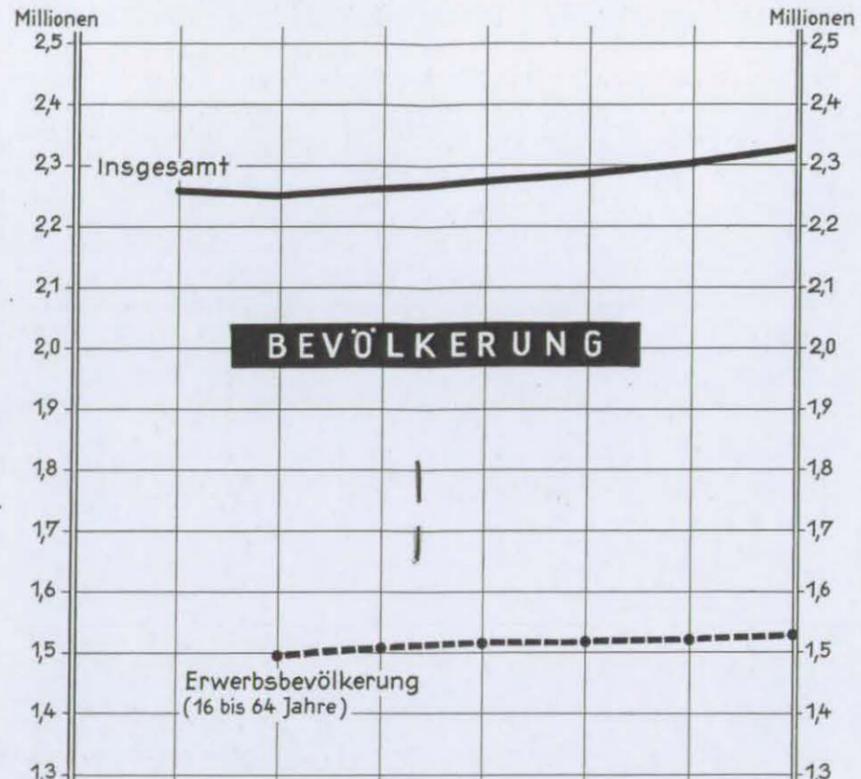
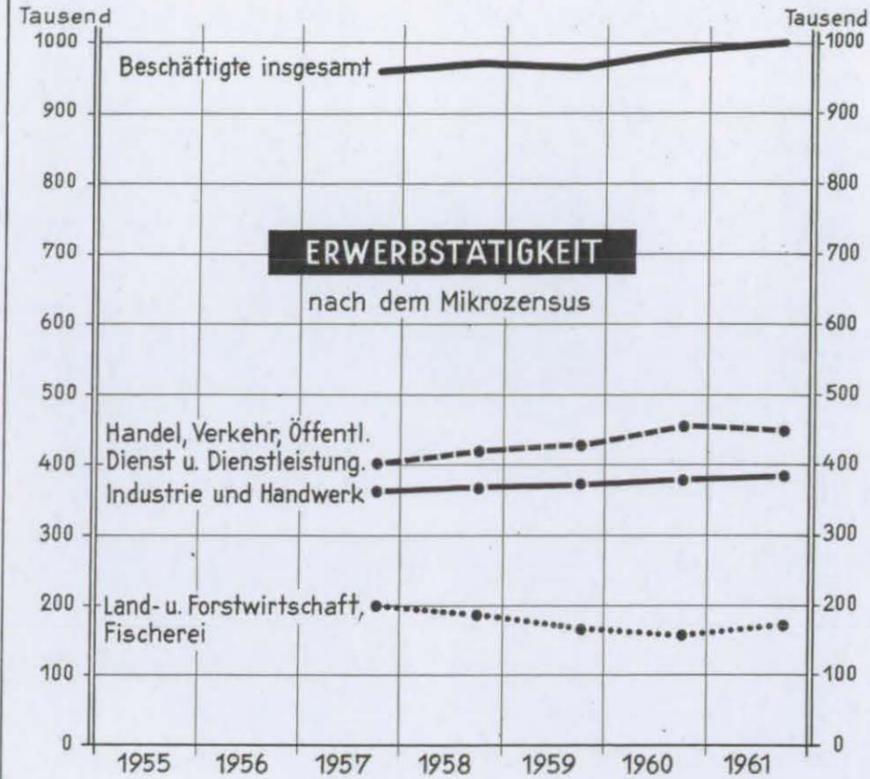


Vermögensverteilung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Vermögensgruppe in DM	1957						1960					
	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Freibeträge	Steuer-schuld	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Freibeträge	Steuer-schuld
	Anzahl	%	Mill. DM	%			Anzahl	%	Mill. DM	%		
unter 30 000	7 835	38,4	174	12,5	85,7	0,16	1 612	11,1	41	2,0	124,8	0,06
30 000 - 40 000	3 746	18,3	129	9,3	67,8	0,27	1 170	8,0	41	2,0	93,0	0,18
40 000 - 50 000	2 340	11,5	104	7,5	52,8	0,40	2 281	15,7	103	5,0	116,2	0,11
50 000 - 70 000	2 509	12,3	147	10,6	38,5	0,54	2 925	20,1	172	8,5	94,4	0,18
70 000 - 100 000	1 595	7,8	133	9,6	27,8	0,65	2 245	15,4	186	9,1	69,5	0,31
100 000 - 250 000	1 755	8,6	261	18,7	14,4	0,79	2 923	20,1	442	21,7	37,1	0,59
250 000 - 500 000	412	2,0	141	10,2	6,3	0,88	855	5,9	294	14,4	14,6	0,82
500 000 - 1 000 000	130	0,6	89	6,4	3,2	0,92	298	2,0	204	10,0	7,5	0,89
1 000 000 und mehr	96	0,5	213	15,3	1,1	0,94	229	1,6	554	27,2	2,2	0,95
Insgesamt	20 418	100	1 391	100	31,4	0,64	14 538	100	2 036	100	36,1	0,65

SCHLESWIG-HOLSTEIN SEIT 1955

DIE ENTWICKLUNG EINIGER WICHTIGER STATISTISCHER DATEN



ihren Anteil am Gesamtvermögen auf fast drei Viertel aus gegenüber der Hälfte drei Jahre zuvor.

Erwartungsgemäß war der Anteil der Freibeträge am Gesamtvermögen in den unteren Vermögensgruppen größer als in den oberen. In zwei Gruppen überstieg er sogar das Gesamtvermögen, d. h. die Freibeträge konnten von den Steuerpflichtigen nicht voll ausgeschöpft werden, da ihr Gesamtvermögen zu niedrig war.

Unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften

Betriebsvermögen, Abzüge und Gesamtvermögen

Ausgangspunkt für die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens der Körperschaften bildet nicht das Rohvermögen, sondern der im Zuge der Hauptveranlagung ermittelte Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens. Das Betriebsvermögen stellt - wie schon eingangs dargelegt - einen Reinvermögenswert dar, da die Betriebsschulden bereits abgesetzt worden sind. Die bei den einzelnen Steuerpflichtigen etwa vorkommenden anderen Vermögensarten werden ebenfalls als Betriebsvermögen behandelt. Als Besonderheit ist dabei zu berücksichtigen, daß die Kapitalgesellschaften gegebenenfalls mit einem Mindestvermögen zu veranlagern sind und Steuerfreibeträge - abgesehen von einer Steuerfreigrenze - auch den übrigen juristischen Personen nicht gewährt werden.

Einschließlich der sogenannten Mindestbesteuerungsfälle belief sich der Gesamtbetrag des Betriebsvermögens für die 1 529 Körperschaften auf 843 Mill. DM; das sind - bei einem Zugang von 89 Steuerpflichtigen - fast vier Zehntel mehr als 1957. Das durchschnittliche Betriebsvermögen hat dabei um 126 900 DM oder drei Zehntel auf 551 500 DM zugenommen. Im engeren Sinne trugen jedoch nur 1 392 Körperschaften zur Aufbringung des Betriebsvermögens bei, da 137 überschuldet waren. Da schon im Zuge der Einheitswertfeststellung des gewerblichen Betriebsvermögens die mit dem Gewerbebetrieb im Zusammenhang stehenden Schulden abgesetzt werden, wird zur Ermittlung des Gesamtvermögens, das ist die Steuerbemessungsgrundlage der Körperschaften, nur noch der Zeitwert der Vermögensabgabe und die rückständige Vermögensabgabe abgezogen. Infolge des von Jahr zu Jahr abnehmenden Zeitwertes und auch durch Ablösungen haben diese Abzüge an Gewicht verloren. Nur noch 476 Steuerpflichtige machten Abzüge in Höhe von insgesamt 63 Mill. DM geltend. Das ist noch nicht einmal ein Zehntel des Gesamtvermögens.

Durch den Rückgang der Abzüge ist das Gesamtvermögen stärker gewachsen als das Betriebsvermögen. Mit einem Anstieg von fast 50% erreichte es 1960 einen Betrag von 782 Mill. DM. Es verteilte sich auf 1 376 Steuerpflichtige; das sind neun Zehntel aller veranlagten Körperschaften. Auf einen Steuerpflichtigen entfielen also durchschnittlich 568 500 DM. Die restlichen Veranlagten waren solche Körperschaften, die ein negatives Gesamtvermögen auswiesen. Der Gesamtbetrag des negativen Vermögens belief sich auf 47 Mill. DM, und war damit nur um 2% höher als 1957. Je Fall sank das negative Gesamtvermögen allerdings von 321 100 DM auf 309 600 DM.

Steuerpflichtiges Vermögen und Jahressteuerschuld

Da für die Körperschaften keinerlei Freibeträge in Betracht kommen, stellt ihr Gesamtvermögen - nach Abrundung auf volle 1 000 DM nach unten - das steuerpflichtige Vermögen dar. Es betrug am 1. 1. 1960 786 Mill. DM. Die Abweichung um 3 Mill. DM vom Gesamtvermögen liegt daran, daß einige Körperschaften mit einem Mindestvermögen zu besteuern waren; das sind bei den AG., KGaA. und Bergrechtlichen Gewerkschaften 50 000 DM und bei den Gesellschaften m. b. H. 20 000 DM oder 5 000 DM, wenn sie am Stichtag der DM-Eröffnungsbilanz bestanden hatten. Unter Berücksichtigung dieser Beträge versteuerten die Körperschaften durchschnittlich 513 900 DM, also fast vier Zehntel mehr als drei Jahre zuvor. Die Jahressteuerschuld wurde mit 7,6 Mill. DM festgesetzt und war damit um die Hälfte höher als 1957. Da nur noch gut ein Zehntel des steuerpflichtigen Vermögens der Körperschaften dem ermäßigten Steuersatz von 0,75% unterlag, erhöhte sich die effektive steuerliche Belastung leicht von 0,95% auf 0,97%.

Vermögensschichtung

Ähnlich wie bei den natürlichen Personen hat auch bei den Körperschaften die Zahl der Besteuerten in der Vermögensgruppe mit weniger als 20 000 DM erheblich abgenommen. In den übrigen Gruppen sind mehr oder weniger kräftige Zunahmen zu verzeichnen, denen vereinzelt geringe Abnahmen gegenüberstehen. Eine Besonderheit bietet die oberste Vermögensgruppe (10 Mill. DM und mehr), die mehr als doppelt so stark besetzt ist wie drei Jahre zuvor. Die 17 Körperschaften dieser Gruppe stellten fast die Hälfte (420 Mill. DM) des Betriebsvermögens aller Körperschaften; die Körperschaften mit jeweils weniger als 40 000 DM Vermögen, die die Hälfte aller Körperschaften ausmachten, dagegen nicht einmal ein

Steuerbelastete unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften
nach Vermögensgruppen am 1. 1. 1960
- einschließlich der Mindestbesteuerungsfälle -

Vermögensgruppe in DM	Steuer- pflich- tige	Abgerun- detes Betriebs- vermögen	Steuer- pflich- tiges Vermögen	Jahres- steuer- schuld
unter 20 000	237	3 477	2 684	25
20 000 - 30 000	428	6 771	9 382	93
30 000 - 40 000	114	4 169	3 911	38
40 000 - 50 000	90	4 561	3 961	38
50 000 - 70 000	117	7 395	6 891	66
70 000 - 100 000	91	8 448	7 538	72
100 000 - 250 000	183	32 334	29 553	285
250 000 - 500 000	104	44 807	37 349	361
500 000 - 1 000 000	58	43 167	40 286	391
1 000 000 - 2 500 000	58	102 125	91 404	871
2 500 000 - 5 000 000	17	61 615	58 152	567
5 000 000 - 10 000 000	15	104 212	101 782	1 005
10 000 000 und mehr	17	420 158	392 785	3 830
Insgesamt	1 529	843 239	785 678	7 642
dagegen 1957	1 440	611 400	534 802	5 093

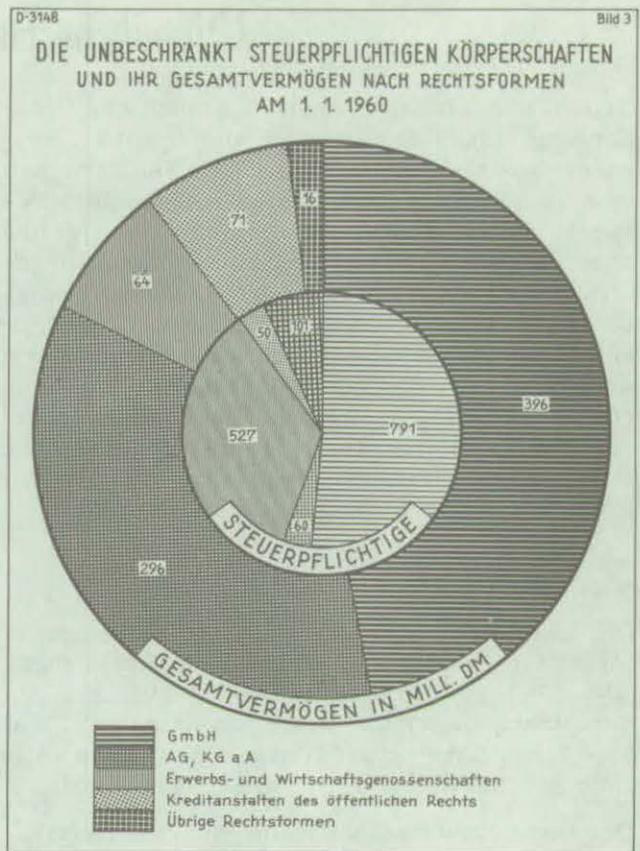
Fünftel. Die schon bei den natürlichen Personen festgestellte Aufstiegsbewegung der Vermögen ist auch hier deutlich zu erkennen. Besonders auffallend ist dabei die überdurchschnittliche Zunahme der Körperschaften mit Millionenvermögen. 1953 waren es noch 60 Körperschaften gewesen und vier Jahre später 94; 1960 wiesen jedoch schon 107 Körperschaften ein Betriebsvermögen von über 1 Mill. DM aus. Ihre Zahl hat sich also im Laufe von sieben Jahren beinahe verdoppelt, während sich ihr Anteil am Betriebsvermögen von 64% über 75% auf 82% ausdehnte.

Rechtsformen

Unter den veranlagten Körperschaften waren die Gesellschaften m. b. H. am stärksten vertreten. Sie waren am Betriebsvermögen mit fast der Hälfte (396 Mill. DM) und an der Gesamtzahl aller veranlagten Körperschaften mit gut der Hälfte beteiligt. Sie dehnten ihr Betriebsvermögen um zwei Drittel aus, während ihre Zahl um 22 abnahm.

Die Aktiengesellschaften und die KGaA. nahmen hinsichtlich des Betriebsvermögens nur noch den 2. Platz ein. Mit einem durchschnittlichen Betriebsvermögen von 4,9 Mill. DM stehen sie aber immer noch weit an der Spitze aller Körperschaften. Auch ihre Anzahl war rückläufig (- 11), während ihr Betriebsvermögen um 5% zunahm.

In weitem Abstand folgten die anderen Gesellschaftsformen, die alle mehr oder weniger - bis auf die Kreditanstalten - zahlenmäßig zunahmen. Sie wiesen nicht einmal ein Fünftel des Betriebsvermögens aller Körperschaften aus, stellten aber über vier Zehntel aller ver-



Steuerbelastete unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften
nach Rechtsformen am 1. 1. 1960
- einschließlich der Mindestbesteuerungsfälle -

Rechtsform	Steuer- pflich- tige	Abgerun- detes Betriebs- vermögen	Steuer- pflich- tiges Vermögen	Jahres- steuer- schuld
AG, KGaA	60	295 573	272 602	2 638
GmbH	791	396 306	366 715	3 563
Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften	527	64 301	59 893	583
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	14	2 934	2 934	29
Kreditanstalten des öffent- lichen Rechts	50	70 878	70 878	708
Sonstige juristische Perso- nen des privaten Rechts (§ 56 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 BeWG)	87	13 247	12 656	121
Insgesamt	1 529	843 239	785 678	7 642
dagegen 1957	1 440	611 400	534 802	5 093

anlagten Körperschaften. Am deutlichsten sieht man die steuerliche Bedeutungslosigkeit dieser Rechtsformen am Beispiel der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; Obwohl jede dritte Körperschaft in dieser Rechtsform geführt wurde, erreichten sie mit 64 Mill. DM nicht einmal ein Zehntel des Betriebsvermögens; ihr durchschnittliches Vermögen belief sich daher auf nur 120 000 DM.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 200 (September)

Öffentliche Fürsorge 1959-1961

Neben der Sozialversicherung und der Versorgung ist die Fürsorge der dritte Zweig unseres Sozialleistungssystems. Sie wird seit dem 1. Juni 1962 durch das Bundessozialhilfegesetz geregelt. Für die Berichtsjahre gelten noch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht und die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge aus dem Jahre 1924 mit einer Reihe von Änderungs- und Ergänzungsvorschriften. Neuen Datums sind das Körperbehindertengesetz von 1957 und das Tuberkulosehilfegesetz von 1959, deren Personenkreis ebenfalls zu den Empfängern von Fürsorgeleistungen zählt.

Ausgaben und Einnahmen

Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge in Schleswig-Holstein beliefen sich im Rechnungsjahr 1959 auf 90,7 Mill. DM, 1960, das ein Rumpfrechnungsjahr mit 9 Monaten war, auf 67,4 Mill. DM (= ca. 90 Mill. DM auf das volle Jahr geschätzt) und 1961 auf 88,5 Mill. DM.

Der Gesamtaufwand verteilte sich wie folgt:

	1959	1960	1961	
	%			Mill. DM
Offene und geschlossene Fürsorge	70,7	74,5	75,0	66,4
Tbc-hilfe	12,1	7,1	7,6	6,7
Sozialfürsorge	9,6	9,9	9,9	8,8
übrige Leistungen	7,6	8,4	7,5	6,7

Von den ausgewiesenen Fürsorgemitteln wurden ausgegeben für die

	1959	1960	1961
	Mill. DM		
Offene Fürsorge	34,4	25,3	31,6
Geschl. Fürsorge (Anstaltsbetreuung)	29,7	24,9	34,8

In der offenen Fürsorge wurden in jedem Jahr etwa vier Fünftel für die laufenden und ein Fünftel für die einmaligen Unterstützungen verwendet. In der geschlossenen Fürsorge stiegen die Ausgaben, in der offenen fielen sie etwas. Der Rückgang in der offenen Fürsorge beruhte auf einer Verminderung sowohl der einmaligen Leistungen als auch der laufenden Unterstützungen.

Von den für die Tbc-Hilfe ausgegebenen Beträgen entfielen 1959 noch 44%, 1961 nur noch 27% auf die Anstaltsbetreuung.

Im Rahmen der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene wurden gezahlt

für	1959	1960	1961	
	%			Mill. DM
Berufsfürsorge	8,6	7,2	9,2	0,8
Erziehungsbeihilfe	85,0	84,0	79,7	7,0
Sonderfürsorge	6,5	8,8	11,1	1,0

Der größte Teil wurde also für Erziehungsbeihilfe aufgewendet.

Von den Ausgaben für die "übrigen Leistungen" entfielen auf

	1959	1960	1961	
	%			Mill. DM
Krankenversorgung gem. LAG	61,1	56,1	63,7	4,3
Weihnachtsbeihilfe	36,7	42,3	34,8	2,3

Die eigenen Einnahmen der Fürsorgeverbände (Ersatz durch Unterhaltspflichtige, Unterstützte usw.) beliefen sich 1959 auf 22,9 Mill. DM, 1960 auf 14,6 Mill. DM und 1961 auf 21,3 Mill. DM, also jeweils auf knapp ein Viertel der Ausgaben. Der Rest der Leistungen wurde aus öffentlichen Mitteln aufgebracht.

Personen und Parteien

Infolge der günstigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, d.h. durch bessere Arbeitsmöglichkeiten, höhere Einkommen und verbesserte Rentenleistungen, nahm die Zahl der Personen, die auf regelmäßige Fürsorgebetreuung angewiesen waren, ab. Es wurden in der

	1959	1960	1961
Offenen Fürsorge	55 353	53 117	46 079
darunter			
Tbc-Hilfe	3 879	5 250	4 972
Soziale Fürsorge	10 710	9 614	7 430
Geschlossenen Fürsorge	12 009	12 796	13 003

Personen gezählt, was insgesamt im einzelnen Jahr knapp 3% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung waren.

Von je 1 000 Einwohnern wurden unterstützt in der

	1959	1960	1961
Offenen Fürsorge	24	23	20
Geschlossenen Fürsorge	5,3	5,6	5,6

Personen.

Regionale Unterschiede, insbesondere zwischen Stadt und Land, lagen vor.

In den Jahren 1959 - 1961 schieden insgesamt 71 774 Personen als laufend unterstützte Hilfsbedürftige der offenen Fürsorge aus, während

nur 57 808 Personen hinzukamen. Bei der geschlossenen Fürsorge ergab sich im gleichen Zeitraum durch 58 894 Zugänge und 58 718 Abgänge beinahe keine Bestandsveränderung. Der Personenkreis blieb also in seinem Umfang in der geschlossenen Fürsorge sehr viel konstanter als in der offenen; hier wirkt sich vor allem die veränderte Arbeitsmarktlage (Vollbeschäftigung) aus.

Die durchschnittliche Größe der Parteien in der offenen Fürsorge - jede laufend unterstützte Einzelperson oder Personengruppe (Haushalt) wird in der Fürsorge "Partei" genannt - hat sich wie in den Vorjahren weiter verringert. Der Unterschied zwischen Stadt und Land, der hinsichtlich der Zahl der Personen je Partei besteht, ist geringer geworden. In den kreisfreien Städten entfielen auf 100 Parteien 1959 = 140, 1961 = 139 Personen, während es in den Landkreisen 141 und 140 Personen waren.

Fürsorgelast

Obwohl in den Berichtsjahren die Zahl der Unterstützungsempfänger in der offenen und geschlossenen Fürsorge um rund 8 000 (= 12,3%) abgenommen hat, verminderte sich der Fürsorgeaufwand nur um 2,2 Mill. DM (= 2,4%), da die Fürsorgeleistungen je Person verbessert wurden. Die erhöhten Einzelleistungen, die das Ansteigen der Ausgaben bewirkten, waren in der Hauptsache die Folge mehrerer Anpassungen der Richt- und Pflegesätze an die allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Aufwand der öffentlichen Fürsorge
- in DM je Einwohner -

Fürsorgeart	Rechnungsjahr		
	1959	1960	1961
Offene Fürsorge	15,08	10,98	13,63
darunter			
kreisfreie Städte	18,27	13,83	17,17
Landkreise	13,64	9,68	12,00
Geschlossene Fürsorge	13,02	10,83	15,02
Tbc-Hilfe	4,80	2,09	2,89
Soziale Fürsorge	3,83	2,91	3,78
Weitere und sonstige Leistungen	3,00	2,47	2,88

In der offenen Fürsorge - ohne Tbc-Hilfe und soziale Fürsorge - hat die Zahl der laufend Unterstützten im Berichtszeitraum von 41 000 auf 34 000 abgenommen, während die durchschnittliche Fürsorgeleistung je Person von 678 DM auf 748 DM anstieg. In der sozialen Fürsorge stieg die einzelne Fürsorgeleistung von 816 DM auf 1 178 bei einem Absinken der Empfänger von 10 700 auf 7 400.

Die Fürsorgelast, die den im Durchschnitt von einem Einwohner zu tragenden Fürsorgeaufwand ausdrückt, hat sich vermindert, wenn die Veränderung auch örtlich unterschiedlich groß ist. Dem einzelnen Einwohner Schleswig-Holsteins erwuchs aus dem Gesamtaufwand 1959 eine Fürsorgelast von 39,72 DM und 1961 eine solche von 38,20 DM.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die öffentliche Fürsorge in Schleswig-Holstein 1956 - 58" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 303 (November) und "Öffentliche Fürsorge im Jahr 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 486 (August)

Die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet

Allgemeines

Unter "Erzeugerpreis" versteht man den Preis, zu dem der Hersteller seine Erzeugnisse verkauft, im Gegensatz zum "Verbraucherpreis", zu dem der Privathaushalt seine Waren einkauft. Wenn der Hersteller ein Produkt direkt an einen Endverbraucher veräußert, sind Erzeuger- und Verbraucherpreis identisch. Dieser Fall kommt jedoch in unserer arbeitsteiligen und industrialisierten Wirtschaft verhältnismäßig selten vor. Meistens verkauft der Hersteller seine Erzeugnisse an andere Produzenten, die sie weiterverarbeiten oder an Großhändler, die sie weiter verkaufen. Für Produzenten, die ihre Produkte auf dem Markt anbieten, ist der Erzeugerpreis eine Umsatzkomponente; für Produzenten, die Fabrikate zur Weiterver-

arbeitung kaufen, stellt der Erzeugerpreis eine Kostenkomponente dar. Beide, Anbieter wie auch Nachfrager, interessieren sich also für die Entwicklung der Erzeugerpreise.

Die amtliche Statistik erfaßt Erzeugerpreise für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und Industrieprodukte. Für jede dieser drei Gruppen von Erzeugnissen berechnet das Statistische Bundesamt laufend Preisindices. Gegenstand dieses Berichtes ist der sogenannte "Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte". Er zeigt, wie sich die Preise der von den Herstellern am Inlandsmarkt¹ abgesetzten indu-

1) Ein Index der Ausfuhrpreise, der die Preisentwicklung des an das Ausland abgesetzten Teils der deutschen Industrieproduktion darstellen soll, wird vom Statistischen Bundesamt noch vorbereitet

striellen Erzeugnisse durchschnittlich entwickeln. Im vorigen Jahr wurde er auf die Basis 1958 umgestellt, vorher hatte man ihn auf der Basis 1950 berechnet. Dabei wurde die Zahl der repräsentativ ausgewählten Waren, für welche die Berichtsfirmer monatlich Preise melden, von knapp 1 100 auf rund 1 900 erhöht. Es wurde hierbei auch berücksichtigt, daß bestimmte Industrieprodukte heute in weit größerer Menge und Vielfalt produziert werden als noch vor einigen Jahren, wie z. B. elektrotechnische und Kunststoffherzeugnisse.

Langjährige Entwicklung

In den elf Jahren von 1950 bis 1961 hat sich das Erzeugerpreisniveau der am Inlandsmarkt abgesetzten Industrieprodukte um knapp ein Viertel angehoben. Hinter dieser globalen Durchschnittsaussage verbergen sich zum Teil erheblich stärkere Preiserhöhungen und auch bemerkenswerte Preissenkungen einzelner Warengruppen. Schon die grobe Gliederung auf dem Bild zeigt, wie unterschiedlich sich die Erzeugerpreise der industriellen Produkte entwickelt haben.

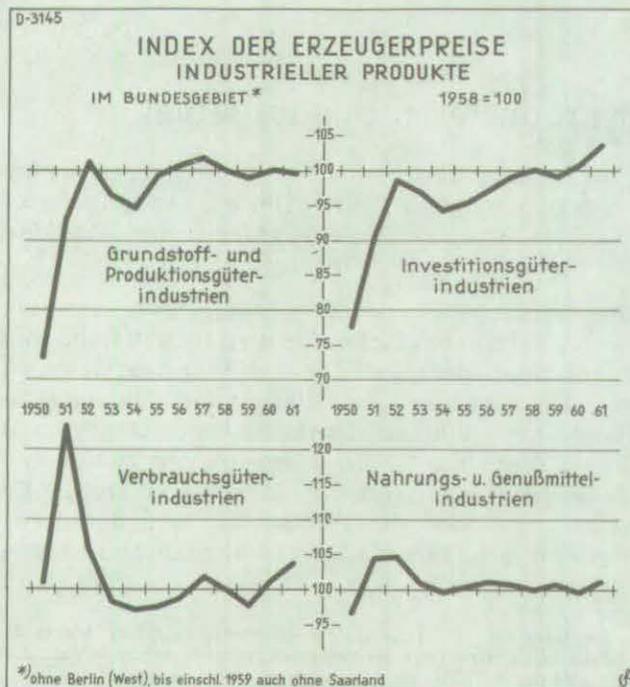
Die Preise der Grundstoff- und Produktionsgüter lagen 1950 auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. In den zwei Jahren darauf kletterten sie durch die allgemeine Nachfragebelegung, die der Koreakonflikt auslöste, kräftig in die Höhe. Diesen hohen Preisstand haben sie - von einigen Schwankungen abgesehen - nahezu gehalten. 1961 waren sie im Schnitt um gut ein Drittel teurer als 1950. Die Eisen- und Stahlpreise haben sich in den elf Jahren fast

verdoppelt. Überdurchschnittlich verteuert haben sich auch die Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke (+ 72%), der Gießereien (+ 63%) sowie Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz (+ 50%). Die Produkte der chemischen Industrie sind in den letzten Jahren billiger geworden, sie hatten 1961 annähernd wieder den niedrigen Stand von 1950 erreicht. Merklich geringere Preiserhöhungen als der Durchschnitt hatten NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug (+ 5%), Gummi- und Asbestwaren (+ 14%) sowie Flachglas (+ 16%) zu verzeichnen.

Die Erzeugerpreise der Investitionsgüterindustrien hatten 1950 auch einen niedrigen Stand. In den beiden darauffolgenden Jahren des Koreabooms erhöhten sie sich um reichlich ein Viertel. Nach vorübergehendem Sinken zogen sie ab 1955 von Jahr zu Jahr wieder an, so daß sie 1961 immerhin 5% über dem Korea-Höchststand von 1952 lagen. Gegenüber 1950 hatten sie sich mithin um ein Drittel erhöht. Weit über Durchschnitt verteuert haben sich die Erzeugnisse des Stahlbaus (+ 86%), der Stahlverformung (+ 61%) und des Maschinenbaus (+ 51%). Am geringsten ist der durchschnittliche Preis für Landfahrzeuge gestiegen (+ 8%). Das hängt damit zusammen, daß sich die Personenkraftwagen, das wichtigste Erzeugnis dieser Warengruppe, gegenüber dem Maximum von 1952 um 17% verbilligten.

Im Gegensatz zu den beiden eben genannten Industriebereichen waren die Erzeugerpreise der Verbrauchsgüterindustrien 1950 bereits sehr hoch. In den letzten Jahren sind sie nach einem leichten Rückgang bis 1954 wieder etwas teurer geworden, wenn man einmal ihr Emporschnellen während des Koreabooms außer Betracht läßt. Bemerkenswert verteuert haben sich Hohlglas (+ 45%), Holzwaren (+ 39%), Druckereierzeugnisse (+ 39%), Papier- und Pappwaren (+ 34%), Musikinstrumente, Spielwaren, Schmuckwaren, Turn- und Sportgeräte (+ 25%) sowie feinkeramische Erzeugnisse (+ 19%). Bekleidung war 1961 wieder etwa genau so teuer wie 1950; in den Jahren vom Korea-Höchststand im Jahre 1951 bis 1960 war sie immer billiger gewesen. Verbilligt haben sich Textilien (- 13%) und Leder (- 5%).

Das durchschnittliche Preisniveau der industriell gefertigten Nahrungs- und Genußmittel hat in den elf Jahren am wenigsten geschwankt, wie das Bild zeigt. Die Differenz zwischen dem niedrigsten Stand im Jahre 1950 und dem höchsten im Jahre 1952 beläuft sich auf acht Indexpunkte. Bei den anderen drei Industriebereichen beträgt diese Schwankungsbreite zwischen 26 und 29 Punkten. Beachtlich teurer geworden sind Brot (+ 71%), Mühlenherzeugnisse (+ 44%), Fleisch und Fleischwaren (+ 38%), Nahrungsmittel (+ 24%) sowie Butter und



Molkereikäse (+17%). Süßwaren und Bier waren 1961 etwa genau so teuer wie 1950. Auffallend billiger wurden Bohnenkaffee (-42%) und Tabakwaren (-17%).

Nicht enthalten in den vier angeführten Industriebereichen sind die bergbaulichen und die Erzeugnisse der Energiewirtschaft. Der durchschnittliche Erzeugerpreis der bergbaulichen Erzeugnisse wie Kohle, Eisenerze und Kali ist seit 1950 um 73% gestiegen. Die Preise für

Strom und Gas haben in der gleichen Zeit um die Hälfte zugenommen.

Anmerkung:
Ausführliche Tabellen mit Preisindices und Preisen für industrielle Produkte findet der interessierte Leser in der Fachserie M des Statistischen Bundesamtes "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 3, die methodischen Erläuterungen zur Indexberechnung in "Wirtschaft und Statistik" 1961 (November)

Dr. Enno Heeren

Kurzberichte

Kinobesuch und Fernsehen

Der Kinobesuch ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Nach Angaben der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft¹ gingen die Einwohner des Bundesgebietes (einschl. Berlin-West) im Jahre 1956 durchschnittlich sechzehnmal ins Kino und 1961 nur noch neunmal. Für Schleswig-Holstein liegen Angaben für Kiel und Lübeck vor:

	Filmbesuche je Einwohner	
	Kiel	Lübeck
1956	18	16
1961	10	10

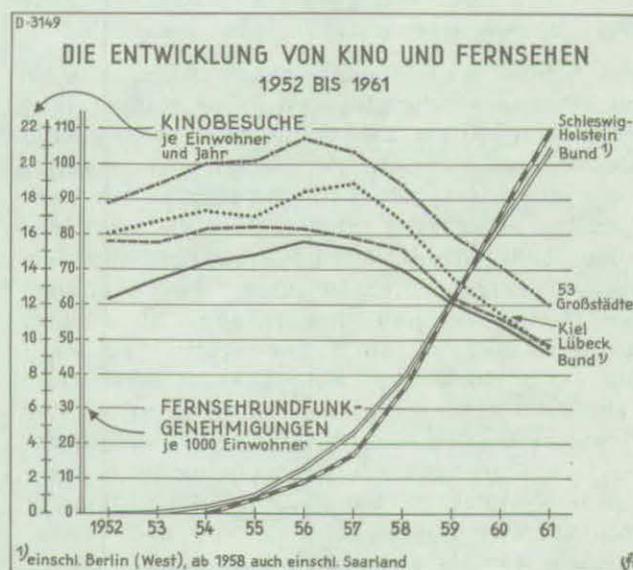
Die zunehmende Verbreitung des Fernsehens wird als die Hauptursache für die Verminderung des Filmbesuches angesehen. Tatsache ist, daß die Zahl der von der Bundespost erteilten Fernseh-Rundfunkgenehmigungen zwischen 1956 und 1961 erheblich zugenommen hat, und zwar in Schleswig-Holstein noch stärker als im Bundesgebiet:

Erteilte Fernseh-Rundfunkgenehmigungen

am 31. 12.	in 1 000	je 1 000 Einwohner	je 100 Haushalte
im Bundesgebiet (einschl. Berlin-West)			
1956	682	13	4
1961	5 888	104	31
in Schleswig-Holstein			
1956	21	9	3
1961	256	110	32

Wie stark mag aber nun wirklich der Einfluß des Fernsehens auf den Kinobesuch gewesen

1) siehe "Filmstatistisches Taschenbuch 1962"



sein? Es soll versucht werden, diese Frage zu beantworten. Da für Schleswig-Holstein nicht alle benötigten Unterlagen vorliegen, ließ sich diese Untersuchung nur für das Bundesgebiet anstellen.

Im Bundesgebiet wurden 1961 rund 300 Mill. Kinobesucher weniger registriert als 1956. Ist dieser Rückgang ausschließlich auf das Fernsehen zurückzuführen? Dazu folgende Überlegungen: Ende 1956 waren im Bundesgebiet rund 682 000 Fernseh-Rundfunkgenehmigungen erteilt und Ende 1961 fast 5,9 Mill. Jede erteilte Fernseh-Rundfunkgenehmigung entspricht einem Fernsehgerät. Es wird nun unterstellt, daß zu jedem Haushalt, der ein Fernsehgerät besitzt, durchschnittlich 3 Personen gehören. Damit ist die Zahl der Fernsehteilnehmer Ende 1956 mit 2 Mill. und Ende 1961 mit fast 18 Mill. festgelegt. Am 31. 12. 1961 gab es fast 16 Mill. Fernsehteilnehmer mehr als fünf Jahre zuvor. Diese Fernsehteilnehmer sind - so wird hier

angenommen - für den Kinobesuch verloren. Als sie aber noch kein Fernsehgerät besaßen und noch Kinogänger waren, sind sie nicht nur einmal, sondern durchschnittlich 16mal im Jahr ins Kino gegangen. Das bedeutet, daß damit 244 Mill. Kinobesuche ausgefallen sind. Eingangs war erwähnt worden, daß die Zahl der Kinobesuche zwischen 1956 und 1961 in Wirklichkeit um 300 Mill. zurückgegangen ist. Nach der hier vorliegenden Berechnung sind also rund 80% der ausgefallenen Kinobesuche auf den Einfluß des Fernsehens zurückzuführen und 20% auf andere Gründe.

Die Untersuchung wurde noch verfeinert, indem nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur ein Teil der Bevölkerung, nämlich die 15- bis 64jährigen als Kinobesucher angesehen wurden. Eine Berechnung unter dieser Annahme veränderte das Endergebnis nur unwesentlich. Die im vorigen Abschnitt gemachte Aussage wurde dadurch noch unterstützt.

Zum Schluß muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß solche globalen Berechnungen ihre Schwächen haben. Es könnte z. B. eingewendet werden, daß es viele Fernseher ohne eigenes Gerät gibt, die außerhalb des Hauses bei Verwandten, Bekannten oder in Gaststätten fernsehen. Andererseits wird vermutlich der Anteil der 1-Personenhaushalte unter den Besitzern von Fernsehgeräten höher sein als sonst. Die Annahme, daß ein Fernsehgerät drei Personen vom Kinobesuch abhält, kann daher nicht mehr sein als eine grobe Näherung. Auch der Kinobesuch wird sich kaum so gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen, wie es hier angenommen wurde. Ferner blieben die regionalen Unterschiede außer acht. Zweck der Untersuchung war es aber auch nur, einmal in der Größenordnung festzuhalten, wie stark das Fernsehen den Kinobesuch zwischen 1956 und 1961 beeinflußt haben könnte.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Feuerwehr und Brandschäden 1961

Im Jahre 1961 wurden von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 1 268 Brände gemeldet. Damit ist die Zahl der Brände zwar um 12% abgesunken, die Höhe der Schadenssumme jedoch liegt um 24% höher als die des Vorjahres. Dies ist in erster Linie durch die Zunahme von Großbränden bedingt, deren Zahl sich von 145 im Jahre 1960 auf 164 im Berichtsjahr erhöhte. Bei den Mittel-, Klein- und Entstehungsbränden dagegen waren überall

Abnahmen zu verzeichnen. Von den insgesamt 1 268 Bränden waren 784 Gebäudebrände, in 95 Fällen waren Straßen- und Schienenfahrzeuge betroffen, vierundzwanzigmal brannte es auf Schiffen. In 365 Fällen mußte die Feuerwehr bei Bränden auf Freiflächen eingreifen.

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Ursachen der Brände in und an Gebäuden und die geschätzten Schadenshöhen.

Brände in Gebäuden nach der Brandursache

Brandursache	Zahl der Brände		Geschätzter Brandschaden in 1 000 DM	
	1960	1961	1960	1961
Blitzschlag	27	20	1 343	554
Selbstentzündung	30	61	1 384	4 713
Explosion	22	11	333	73
Bauliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Feuerstätten	139	146	927	751
Betriebs- und maschinelle Einrichtungen	47	63	1 000	786
Elektrische Anlagen	112	113	2 101	1 683
Brandgefährliche Stoffe	6	35	45	228
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen	194	196	1 899	1 793
Vorsätzliche Brandstiftung	24	29	659	1 276
Kinderbrandstiftung	29	68	363	2 442
nicht ermittelt	126	42	2 693	1 449
Insgesamt	756	784	12 745	15 746

Den größten Schaden richteten diesmal die Selbstentzündungsbrände an, wobei es sich hier in der Mehrzahl um Brände von Ernteerzeugnissen handelte. Der geschätzte Brandschaden bei dieser Brandursache betrug rund 4,7 Mill. DM und war damit dreieinhalbmal so groß wie der im Jahre 1960. Desgleichen ist bei der "Kinderbrandstiftung" ein erheblicher Anstieg festzustellen: mit einer Schadenshöhe von ca. 2,4 Mill. DM ist hier der Brandschaden nahezu siebenmal so groß wie im Vorjahr. Schließlich liegt auch die "Vorsätzliche Brandstiftung" mit rund 1,3 Mill. DM bei nahezu der doppelten Schadenshöhe des Vorjahres.

Der Gesamtschaden ist ebenso wie die Zahl der Brände im Vergleich zum Vorjahr angestiegen und betrug rund 16 Mill. DM gegenüber 13 Mill. DM im Jahre 1960.

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

Dipl.-Volksw. Gerhard G. Spielmann

Vergleiche auch: "Feuerwehr und Brandschäden 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 263 (November)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
			Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	p 2 317	p 2 325	p 2 327	p 2 328	p 2 345	p 2 348
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 877	3 205	1 584	1 654	2 122	3 462	1 448	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	p 16,3	p 8,3	p 8,4	p 10,7	p 17,4	p 7,5	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 355	3 373	3 327	3 310	3 366	3 445	3 415	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,4	p 17,1	p 17,4	p 16,8	p 16,9	p 17,3	p 17,7	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 290	2 175	2 038	2 250	2 148	2 024	2 120	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,9	p 11,0	p 10,7	p 11,4	p 10,8	p 10,2	p 11,0	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	95	91	91	95	71	69	80	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	27,0	27,4	28,7	21,1	20,0	23,4	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 065	1 198	1 289	1 060	1 218	1 421	1 295	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	p 5,5	p 6,1	p 6,7	p 5,4	p 6,1	p 7,1	p 6,7	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	6 791	6 317	7 811	7 857	6 370
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	5 002	6 085	7 322	5 802	5 222
*Wanderungsgewinn		260	1 073	1 789	232	489	2 055	1 148
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	7 913	7 937	11 747	8 960	8 276
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 947	19 706	20 339	26 880	22 619	19 868
je 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	p 170	p 140	p 148	p 195	p 159	p 141
Umsiedler		609	234	261	229	151	160	139	649	146
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		326	116	128	98	54	79	56	589	89
Baden-Württemberg		43	17	17	6	4	11	14	17	18
Rheinland-Pfalz		10	3	-	6	-	4	-	-	-
Hessen		12	2	-	-	-	-	-	-	8
Hamburg		218	96	116	119	93	66	69	43	31
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	.	813	.	.	.	828	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	.	540	.	.	.	547	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	12	7	7	8	5	5	6	7
darunter *Männer	1 000	31	7	4	4	4	3	3	3	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	0,8	0,9	1,0	0,6	0,6	0,7	0,8

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

H I N W E I S: Dadurch, daß die mit der Volkszählung am 6. 6. 1961 festgestellten Bevölkerungszahlen von den bis dahin fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen etwas abweichen, haben sich die Werte für einige Beziehungszahlen (z. B. Lebendgeborene je 1 000 Einwohner und 1 Jahr) geringfügig geändert. Es handelt sich hierbei nicht um die Korrektur einer falschen Zahl, deshalb ist in diesen Fällen kein "r" gesetzt worden.

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 251 ^a	
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a	
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	.	1 677	.	.	1 810	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	.	181	.	.	177	.	
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	111	.	.	109	.	
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	21	27	36	18	22	30	42
*Kälber	1 000 St	5	5	2	2	3	3	2	2	3
*Schweine	1 000 St	81 ^b	107	97	93	111	118	123	107	135
darunter *Hauschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	1	2	5	2	2	2	5
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	13,1	14,5	17,8	14,6	15,7	16,6	21,7
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	4,5	6,3	8,2	4,1	4,8	7,0	9,9
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	8,3	7,9	9,2	10,2	10,6	9,3	11,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	216	232	234	228	223	239	241
*Kälber	kg	49	51	57	53	48	57	54	51	48
*Schweine	kg	89	86	86	87	87	88	88	88	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	147	110	89	185	152	108	97
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	10,3	8,0	6,9	12,8	10,5	7,7	6,7
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	91	89	86	92	91	89	86
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	176	176	176	176	177	177	...
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	144	144	144	142	143	143	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	25 557	25 217	25 758	22 266	24 681	23 848	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	74,2	70,9	71,9	79,1	82,5	76,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	22,9	23,3	23,3	25,9	25,8	26,1	...
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	68	71	76	79	55	57	56	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	11 204	11 183	10 881	10 872	10 536	9 833	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	48	47	55	51	55	54	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	89	89	98	89	94	92	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	21	20	29	22	22	20	...
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	584	624	636	615	578	641	633	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	111	57	71	66	68	77	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	278	268	295	r 291	248	r 268	302	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		592	698	666	694	781	783	772	755	...
Industrie der Steine und Erden		193	254	289	300	r 286	317	306	311	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	172	163	162	150	159	142	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	144	171	r 158	93	123	156	...
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 210	1 168	1 201	1 192	1 508	1 616	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 138	1 216	r 1 197	1 087	1 090	1 230	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	110	117	r 107	113	102	102	...
papiererzeugenden Industrie		256	313	298	298	r 324	322	303	334	...
Schiffbaues		312	297	266	286	r 277	186	181	192	...
Maschinenbaues		273	340	288	432	r 301	235	263	359	...
elektrotechnischen Industrie		508	702	659	761	r 699	467	559	736	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	734	907	r 863	794	768	989	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	222	222	249	r 227	213	229	275	...
ledererzeugenden Industrie		116	96	92	101	r 106	80	73	80	...
Schuhindustrie		217	243	259	252	r 281	136	224	267	...
Textilindustrie		195	200	199	221	r 218	89	117	141	...
Bekleidungsindustrie		127	151	141	173	r 185	106	157	190	...
Fleischwarenindustrie		169	196	190	214	r 219	202	216	238	...
fischverarbeitenden Industrie		189	197	214	230	r 221	184	232	246	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	111	86	r 77	150	124	94	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	249	252	r 266	260	260	268	...
Bauproduktion		190	227	234	252	r 241	260	r 260	286	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	112	119	129	91	109	107	...
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	192	189	205	191	208	216	...
*Gaserzeugung (brutto) 14)	Mill. cbm	17	18	16	17	18	18	16	18	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	61 829	63 507	63 164	62 918	p65 783	p65 440	p65 102	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	10 738	10 654	10 503	p10 811	p11 162	p10 675	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	4 574	4 500	4 454	p 4 397	p 4 410	p 4 282	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	37,3	37,0	36,6	p 42,9	p 44,4	p 42,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	2,2	2,5	2,5	p 2,7	p 2,8	p 2,8	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	116,8	112,7	122,5	p 140,5	p 146,9	p 139,1	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 071	1 164	1 547	1 138	1 502	1 596	1 048	1 582
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	353	432	390	376	333	307	473
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	114,8	137,7	103,5	134,6	132,6	91,0	126,6
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	79,1	85,7	66,1	100,8	104,2	68,8	94,6
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 17)										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	1 574	1 810	1 467	1 858	1 776	1 169	1 717
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	1 031	1 103	852	1 252	1 260	832	1 114
*Wohnungen 18)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	3 043	3 056	2 402	3 546	3 350	2 357	2 976
		1 879	2 247	2 829	2 830	2 145	3 273	3 100	2 063	2 715
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 162	2 462	1 815	2 434	1 238	1 668	2 719	...
Wohnräume 20)		6 064	8 767	10 284	7 260	10 098	5 113	6 723	10 806	...
HANDEL UND GASTGÄWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	105	99	100	108	111	103	109
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	107	103	96	108	112	108	105
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	95	87	106	100	96	90	116
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	101	100	108	99	104	96	111
*Sonstige Waren		.	.	103	98	100	109	113	105	111
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	422	369	495	449	537	531	716
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	625	492	1 023	2 589	1 196	809	2 124
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	12 410	13 013	16 671	15 760	16 475	17 468	18 988
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	35 753	34 376	47 183	32 339	33 703	37 754	41 113
*Ausfuhr nach Warengruppen 21)	Mill. DM	67,7	89,5	114,0	95,6	69,6	86,5	65,4	85,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	5,0	7,0	6,6	4,9	5,1	5,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	109,0	88,6	63,0	81,7	60,3	80,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,6	2,4	3,0	3,3	3,0	3,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	6,3	9,9	9,0	8,3	7,2	11,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	99,1	76,2	50,9	70,2	50,1	66,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,2	3,2	4,2	4,0	3,3	3,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	95,9	73,1	46,6	66,2	46,8	62,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	12,1	16,5	14,9	26,4	11,3	16,5	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	3,2	6,4	4,7	5,5	3,1	5,6	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	5,0	5,5	5,3	15,9	4,4	5,4	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	78,4	51,3	25,4	38,2	34,3	51,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	5,8	13,9	7,6	6,8	5,3	6,0	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	4,3	25,4	4,0	11,6	3,9	6,3	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,1	58,2	1,3	1,5	8,7	16,1	27,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	3,6	4,1	5,2	4,5	2,9	3,4	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	291	146	94	340	296	156	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	37	17	11	51	37	18	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	896	2 870	954	340	2 890	2 841	1 025	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	84	35	18	107	85	38	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1961/62 = vorläufige Zahlen 22) ab Juli 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt			Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1 000 t	377	508	580	529	657	549	690
Güterversand	1 000 t	102	150	188	175	147	151	173
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	154	181	162	184	193	184	185	206
*Güterversand	1 000 t	195	270	339	319	342	359	348	360	373
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	7 629	7 171	7 050	7 575	7 263	7 668	7 382
darunter deutsche	%	65,5	63,7	66,6	64,7	63,2	64,2	64,7	66,7	62,9
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 662	3 411	3 631	3 844	3 917	3 760	4 011
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	29,9	31,9	30,9	27,4	26,8	30,4	27,2
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 766	5 165	5 028	5 382	5 266	5 283	5 297	5 758
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	31,2	32,9	31,2	30,7	29,9	32,5	29,5
Richtung West-Ost	1 000 t	1 960	2 304	2 327	2 224	2 529	2 196	2 405	2 231	2 598
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 838	2 804	2 853	3 070	2 879	3 066	3 160
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	3 884	4 248	4 625	4 236	4 274	4 489	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	98	74	42	74	76	41	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	2 798	2 995	3 304	3 071	3 081	3 221	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	186	227	243	264	244	320	...
*Lastkraftwagen		293	374	360	359	403	399	362	410	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	4 440	3 794	3 734	39 49	4 222	3 564	p 3 587
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	1 370	1 323	1 237	1 266	1 395	1 227	p 1 184
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	3 070	2 471	2 497	2 683	2 827	2 337	p 2 403
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	52	51	53	61	65	68	p 75
*Verletzte Personen		1 130	1 304	1 777	1 683	1 584	1 714	1 871	1 583	p 1 503
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 943 ^d	4 727	4 776	4 792	5 414	5 483	5 540	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 396	1 402	1 374	1 628	1 619	1 634	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 425 ^d	1 391	1 399	1 372	1 622	1 609	1 626	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 330	3 374	3 418	3 786	3 864	3 906	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 895	2 911	2 945	3 254	3 320	3 354	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	3 006	2 986	2 991	3 311	3 415
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 361	1 328	1 312	1 427	1 514
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	1 064	1 044	1 049	1 102	1 156	1 138	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 646	1 659	1 680	1 884	1 901
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 159 ^d	1 099	1 107	1 122	1 264	1 279	1 293	1 307
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	75	69	82	98	87
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	63	56	60	80	70
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	10	5	12	5	2	8	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	-	2	3	-	-	-	...
Wechselproteste	Anzahl	636	754	804	798	824	632	677
	Wert	465	552	643	591	599	725	637
STEUERN ²⁷⁾										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	54 928	42 025	88 235	43 402	46 089	44 758	91 173	44 215
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 393	4 002	1 806	2 801	332	5 571	398	474
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	5 140	5 308	5 813	6 423	5 885	5 736	7 124
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	703	684	699	618	775	713	729
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	121 732	114 208	139 873	123 285	125 064	117 730	150 694	125 056
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	40 401	41 742	41 180	45 974	46 608	45 620	43 715
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 368	1 491	1 384	1 427	1 301	1 360	1 415
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	9 585	7 868	10 280	10 893	2 683	8 093	10 610
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	47 498	47 011	53 595	47 819	51 745	51 377	51 606
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	34 246	35 424	38 375	37 945	34 306	38 578	38 432
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	13	22	37	16	16	10	16
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	8 816	1 851	4 578	3 485	8 530	1 637	3 824

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	43 836	119 380	48 028	54 100	43 931	125 810	50 556
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	25 257	30 871	30 578	34 430	37 117	36 828	37 981	41 592
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	30 164	9 733	60 434	7 670	13 508	6 590	66 060	6 941
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	617	1 717	222	828	1 604	341	1 045	417
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 790	1 515	28 146	5 100	1 870	172	18 724	1 605
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	.	76 655 ^e	.	.	.	80 648 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	.	6 914 ^e	.	.	.	6 910 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	.	12 992 ^e	.	.	.	14 927 ^e	.
Baulandsteuer	1 000 DM	401 ^e	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺	.	51 295 ^e	.	.	.	52 177 ^e	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	.	5 454 ^e	.	.	.	6 235 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119	6 530	.	7 109 ^e	.	.	.	6 456 ^e	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	94	93	92	92	92	91	92	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	131	131	131	134	130	130	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100	101,9	101,8	102,0	102,1	103,1	103,1	103,2	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	102,4 ^g	102,2	101,1	102,6	107,4	101,0	101,2	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	125,0	.	.	.	132,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^f	106,5 ^g	105,0	104,9	105,4	107,9	108,5	108,2	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	103	104	104	104	110	107	107	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	105,5	105,3	105,4	110,3	108,6	108,3	108,5
darunter										
Ernährung	100	103,6	104,6	103,6	103,1	112,3	107,3	106,3	106,3	106,3
Wohnung	100	118,0	118,5	119,0	119,2	122,3	122,3	122,3	122,3	123,1
Heizung und Beleuchtung	100	103,7	103,2	103,9	104,9	105,1	105,7	106,5	107,2	107,2
Bekleidung	100	104,0	103,9	104,3	104,5	107,0	107,1	107,4	107,6	107,6
Hausrat	100	101,1	101,0	101,7	102,1	103,6	103,8	104,0	104,2	104,2
LÖHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	150,07	.	.	.	164,79	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	159,34	.	.	.	175,26	.	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	89,51	.	.	.	98,69	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	314,4	.	.	.	348,8	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	332,9	.	.	.	369,6	.	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	204,7	.	.	.	229,9	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	47,7	.	.	.	47,2	.	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	43,7	.	.	.	42,9	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	44,2	.	.	.	43,0	.	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	40,8	.	.	.	39,0	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	745	.	.	.	794	.	.
*weiblich	DM	382	475	486	.	.	.	523	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	874	.	.	.	926	.	.
*weiblich	DM	403	500	514	.	.	.	550	.	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	683	.	.	.	745	.	.
*weiblich	DM	331	409	411	.	.	.	455	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	757	.	.	.	842	.	.
*weiblich	DM	259	377	.	.
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	702	.	.	.	761	.	.
*weiblich	DM	347	428	433	.	.	.	475	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	869	.	.	.	921	.	.
*weiblich	DM	391	494	508	.	.	.	545	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen e) 1. 7. - 30. 9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1961/62 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B*

	Zeit ¹⁾	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Index der Einzelhandelsumsätze		1960=100	100	109
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1 194,0	1 074,1
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1	78,9
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1 100,9	995,2
in % des Bundes			1,0	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5	2,1
2)										
Fremdenverkehr										
Fremdenmeldungen	JS	1 000	367	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544	1 665
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	20	156	182	183	181	187	206	201
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 239	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779	10 698
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	48	329	384	392	402	411	409	402
VERKEHR										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822	6 102
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726	1 798
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649	1 851
Güterversand	JS	1 000 t	.	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852	3 239
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe	JS		47 271	62 911	62 402 ^a	66 588	67 738	73 443	77 729	77 244
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527	40 762
Güterverkehr	JS	1 000 t	29 907	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653	57 191
und zwar										
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2	30,5
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228	27 642
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426	29 549
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683	51 251
darunter Pkw 3)	JS		4 780	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012	36 977
Kraftfahrzeugbestand										
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1 000	66 ^b	188	204	225	246	273	307	341
darunter										
Krafräder	1. 7.	1 000	22 ^b	70	72	73	69	64	60	55
Pkw	1. 7.	1 000	20 ^b	65	75	92	113	140	172	206
Lkw	1. 7.	1 000	16 ^b	28	27	28	28	28	29	31
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle	JS		9 912	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856	41 918
Getötete Personen 4)	JS		208	400	428	416	477	504	564	596
Verletzte Personen	JS		5 910	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687	16 725
GELD UND KREDIT										
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	606	704	871	1 054	1 294	1 534	1 721
je Einwohner	31. 12.	DM	51	266	313	385	464	566	666	739
OFFENTLICHE FÖRSORGE ^{a)}										
Laufend unterstützte Personen	Ende Rj.	1 000	85,1	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4	53,1	46,1
je 1 000 Einwohner	Ende Rj.		33,5	27,1	32,2	28,7	26,4	24,2	23,1	19,8
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4	88,5
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	32	37	38	40	40	29	38
OFFENTLICHE FINANZEN										
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	252	289	330	375	435	543	659
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	27	31	37	42	47	57	65
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	72	112	128	146	165	191	237	284
Bundessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333	1 461
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	311	326	340	353	381	427	472
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	182	371	428	455	485	545	581	630
Steuern vom Einkommen 6)	Kj. (JS)	Mill. DM	150	294	324	374	437	511	656	802
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	128	142	166	193	224	285	345
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	187	199	219	236	288	321	334
darunter										
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	99	110	126	140	189	221	229
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	83	89	97	104	126	140	144
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	Ende Rj.	Mill. DM	780	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763	1 830	1 802
Neuerschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	Ende Rj.	Mill. DM	75	298	355	430	497	562	617	712
darunter Kreditmarktmittel	Ende Rj.	Mill. DM	23	119	160	215	264	325	371	447

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A . 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben für 1950 (nur Sommerhalbjahr) aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden 3) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 4) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zellen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Kreis	Wohn- bevölkerung ¹⁾ am 30. 6. 1962	Aufwand der öffentlichen Fürsorge ²⁾ im Rj. 1961 in DM je Einw.	Arbeitslose am 30. 9. 1962			Industrie ³⁾	
			ins- gesamt	davon		Beschäft- igte am 30. 9. 1962	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Sept. 1962
				männ- lich	weib- lich		
Flensburg	97 465	32,94	291	162	129	7 432	21,4
Kiel	272 243	34,56	1 116	502	614	34 101	84,7
Lübeck	236 684	36,28	955	561	394	35 592	105,0
Neumünster	75 184	28,85	246	122	124	12 955	30,5
Eckernförde	64 831	35,30	86	49	37	1 821	3,9
Eiderstedt	19 189	27,25	36	20	16	416	2,5
Eutin	90 021	28,20	270	151	119	4 434	16,3
Flensburg-Land	65 107	24,86	108	61	47	837	2,4
Hzgt. Lauenburg	132 053	25,23	293	212	81	8 992	20,6
Husum	63 543	23,74	94	29	65	900	2,0
Norderdithmarschen	57 800	21,84	87	35	52	1 234	3,1
Oldenburg (Holstein)	79 960	22,45	308	157	151	1 157	5,9
Pinneberg	220 644	20,92	381	190	191	19 910	87,4
Plön	110 189	25,41	326	170	156	2 413	9,3
Rendsburg	159 486	23,74	366	155	211	9 704	29,6
Schleswig	97 958	27,52	86	40	46	4 456	21,3
Segeberg	96 744	21,53	93	62	31	4 990	18,9
Steinburg	122 490	25,75	160	97	63	10 665	43,5
Stormarn	146 615	21,01	251	154	97	8 617	85,1
Süderdithmarschen	72 097	26,32	58	40	18	4 936	35,5
Südtondern	61 576	24,44	58	33	25	995	3,6
Schleswig-Holstein	2 341 689	38,19	5 669	3 002	2 667	176 557	632,6

Kreisfreie Stadt Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1962			Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. bis 30. 9. 1962			
	Kraft- räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	ins- gesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
					in 1 000 DM	je Einwohner	
						in DM	Veränderung in % gegenüber 1. 1. - 30. 9. 1961
Flensburg	1 290	9 671	1 433	11 566	8 448	86	- 3
Kiel	3 940	28 047	3 836	42 915	33 212	122	+ 6
Lübeck	3 927	22 287	3 720	40 406	30 299	129	+ 10
Neumünster	1 056	7 629	1 158	10 484	7 833	104	+ 2
Eckernförde	1 398	6 463	688	4 626	2 180	34	- 3
Eiderstedt	619	2 116	270	2 044	841	44	+ 13
Eutin	2 622	9 455	1 335	8 324	4 878	55	- 6
Flensburg-Land	1 473	8 054	784	3 741	1 675	26	+ 16
Hzgt. Lauenburg	3 801	13 366	1 385	11 934	7 367	56	+ 0
Husum	1 405	6 738	895	4 949	2 557	41	- 11
Norderdithmarschen	1 989	6 328	952	5 030	2 638	46	+ 6
Oldenburg (Holstein)	2 043	8 123	1 008	6 591	3 493	44	- 7
Pinneberg	3 913	23 607	3 225	26 836	20 149	94	+ 3
Plön	2 663	10 972	1 308	7 828	3 973	36	+ 8
Rendsburg	3 122	16 328	2 210	13 086	8 272	52	- 6
Schleswig	1 817	11 023	1 302	8 285	4 931	50	+ 23
Segeberg	2 234	11 930	1 486	6 985	3 775	40	- 2
Steinburg	3 001	11 819	1 903	13 724	9 922	81	- 6
Stormarn	3 336	16 525	1 873	15 419	10 932	76	- 7
Süderdithmarschen	1 342	7 547	817	7 451	4 532	63	+ 4
Südtondern	1 706	6 869	1 037	6 325	3 972	67	- 13
Schleswig-Holstein	47 697	244 897	32 625	258 549	175 881	76	+ 2

1) vorläufiges Ergebnis 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.6.1962 ¹⁾	54 786	2 342	1 844	6 703	715	16 115	4 900	3 456	7 933	9 669	1 091
Veränderung in %	"	+ 38	+ 47	+ 8	+ 48	+ 27	+ 35	+ 41	+ 17	+ 45	+ 36	+ 20
30. 6. 1962 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 14	- 9	+ 18	- 1	+ 31	+ 24	+ 15	+ 17	+ 25	+ 6	+ 14
30. 6. 1962 geg. VZ 1950 ²⁾	"											
Bevölkerungsdichte 3) Einwohner je qkm	"	221	150	2 467	141	1 770	474	232	174	222	137	425
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	118	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾⁴⁾ in 1 000	30.9.1962	21 301	828	841	2 407	304	6 844	1 862	1 557	3 139	3 519	.
Arbeitslose in 1 000	"	83	6	4	12	3	28	5	5	2	18	.
je 100 Arbeitnehmer ⁵⁾	"	0,4	0,7	0,5	0,5	1,0	0,4	0,3	0,3	0,1	0,5	.
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1960	278 ^a	10	17	30	5	93	25	14	42	44	-
	1961	311 ^a	11	18	33	5	101	28	15	47	48	-
in DM je Einwohner	1960	5 327	4 269	9 194	4 536	7 090	5 894	5 252	4 077	5 479	4 674	-
	1961	5 764 ^a	4 682	9 768	4 990	7 316	6 357	5 724	4 428	6 001	5 080	-
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Sept. 1962	1 565	108	2	303	2	225	104	77	216	519	10
in kg je Kuh und Tag	"	8,8	7,7	9,0	9,8	10,9	9,2	8,5	7,6	8,2	9,1	9,4
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁶⁾ in 1 000	31.7.1962	8 059	176	233	740	96	2 867	689	370	1 456	1 259	174
je 1 000 Einwohner	"	147	75	127	110	135	178	141	107	183	130	159
Umsatz 6) in Mill. DM	Juli 1962	24 323	578	1 089	2 219	387	9 142	1 980	1 134	4 094	3 282	418
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 452	66	134	273	47	1 259	328	153	646	407	137
Produktionsindex 7) (arbeitsmäßig) 1950 = 100	"	257	248	221	280	226	.	307	317	281	281	.
BAUWIRTSCHAFT¹⁾⁸⁾ UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	31.7.1962	1 527	66	50	193	23	427	129	93	235	278	33
je 1 000 Einwohner	"	27,9	28,1	27,3	28,8	32,0	26,5	26,4	27,0	29,6	28,7	30,4
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Juli 1962	251	11	8	32	4	70	21	16	40	45	6
je Einwohner	"	4,6	4,6	4,2	4,7	5,2	4,3	4,2	4,5	5,1	4,7	5,2
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾ Anzahl	Aug. 1962	56 780	3 350	1 067	6 533	731	16 556	4 071	3 353	8 748	10 618	853
je 10 000 Einwohner	"	10,4	14,4	5,8	9,8	10,2	10,3	10,2	9,7	11,1	11,0	7,8
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	37 849	1 658	1 665	4 717	178	10 005	5 194	1 804	6 188	5 767	563
je 10 000 Einwohner	"	6,9	7,1	9,0	7,1	2,5	6,2	10,6	5,5	7,9	6,0	5,2
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Aug. 1962	4 162 ^b	65	167	436	50	1 429	367	177	691	453	148
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	2. Vj. 1962	120	71	231	87	139	136	138	87	126	110	74
Landessteuern 10)	"	189	156	879	138	372	207	163	133	175	145	111
Bundessteuern 11)	"	50	36	73	42	61	56	50	39	52	46	29
Gemeindesteuern	"											
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹²⁾ in DM je Einw.	31.8.1962	1 103	812	1 499	1 010	1 196	1 181	1 101	964	1 139	1 054	1 017

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland: Stand; 14.11.1951 3) Gebietsstand; 6.6.1961 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen a) 1961 mit Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Heft 11/1962

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten
Einzelhandelsstatistik
Einzelhandelsumsätze 1961
Soziale Krankenversicherung
Kriegsbeschädigte 1960 und 1961
Fremdsprachenunterricht
Nicht versetzte Schüler

Heft 12/1962

Bevölkerungsentwicklung
Mischfutterindustrie
Handelsdünger in der Landwirtschaft 1961/62
Steuerpflichtiges Vermögen 1960
Öffentliche Fürsorge
Erzeugerpreise industrieller Produkte
Kinobesuch und Fernsehen
Brandschäden 1961

Neuerschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1962

212 Seiten, Preis 10,- DM

Statistische Berichte

CO/Gartenbauerhebung 1961-2

„Die Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau
von Gartengewächsen“

44 Seiten, Preis 2,50 DM

Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61
Löhne in der Landwirtschaft 1961
Industrie 1961
Handwerk 1961
Zahlungsschwierigkeiten 1961
Kommunaler Finanzausgleich
Lehrernachwuchs
Pädagogische Hochschulen
Akademische Prüfungen

Heft 7/1962

Kommunalwahlen März 1962
Bodennutzungssysteme
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Boden- und Kommunalkreditinstitute

Heft 8/1962

Wohnbevölkerung nach der Volkszählung
Kredite und Einlagen 1961
Meldepflichtige Krankheiten
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer
Öffentliche Verschuldung
Hypotheken 1961
Klassifizierte Straßen
Verkehr der Bundesbahn
Ausländer 1961
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Baumschulen 1961

Heft 9/1962

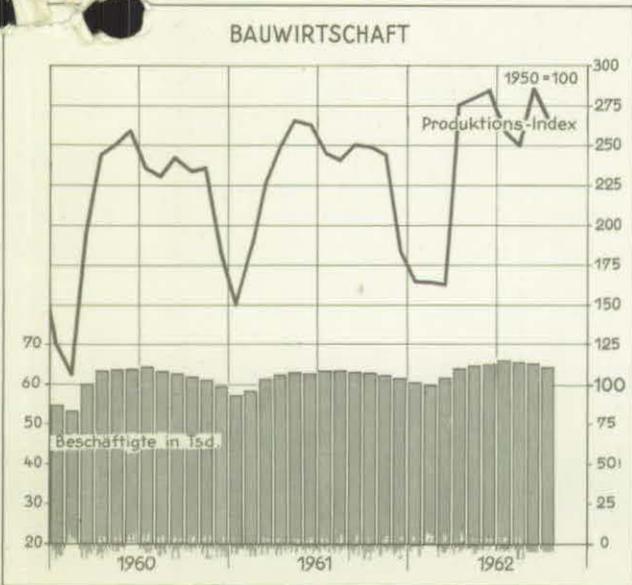
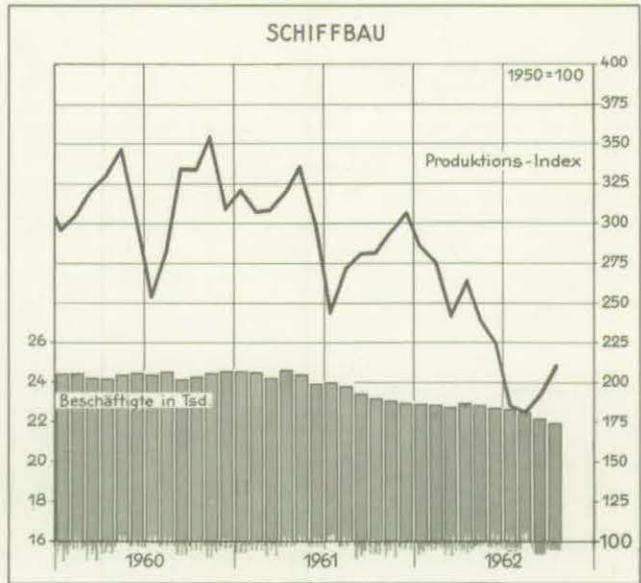
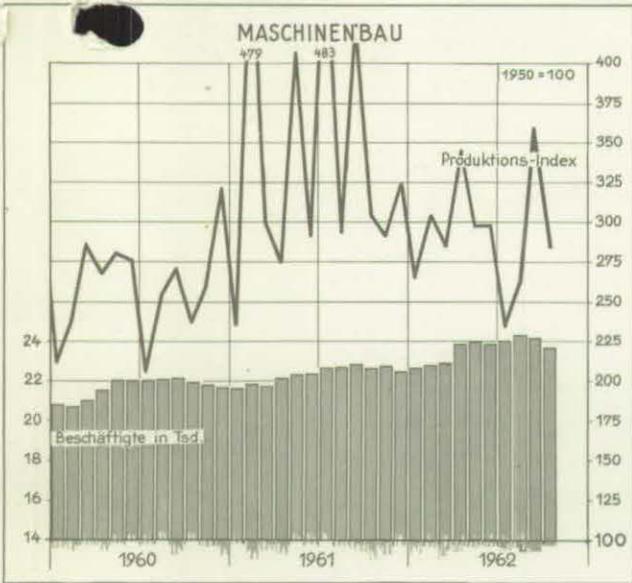
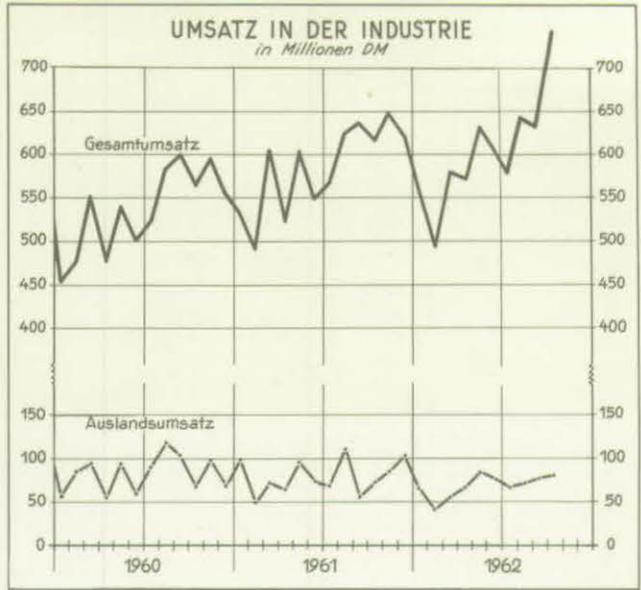
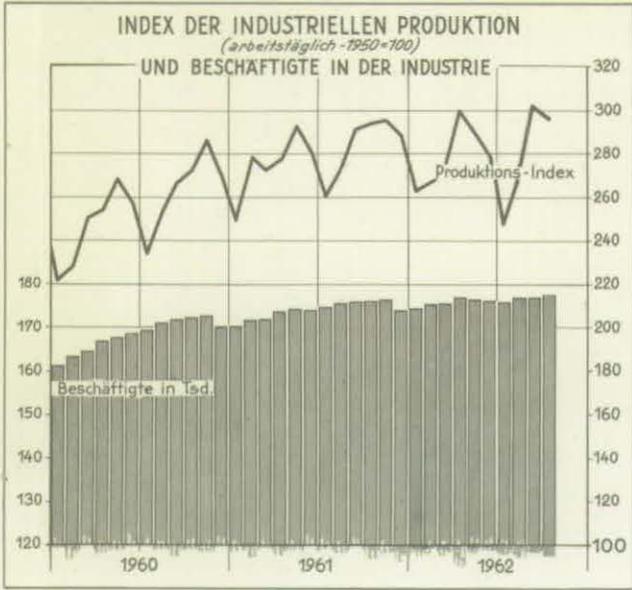
Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962

Heft 10/1962

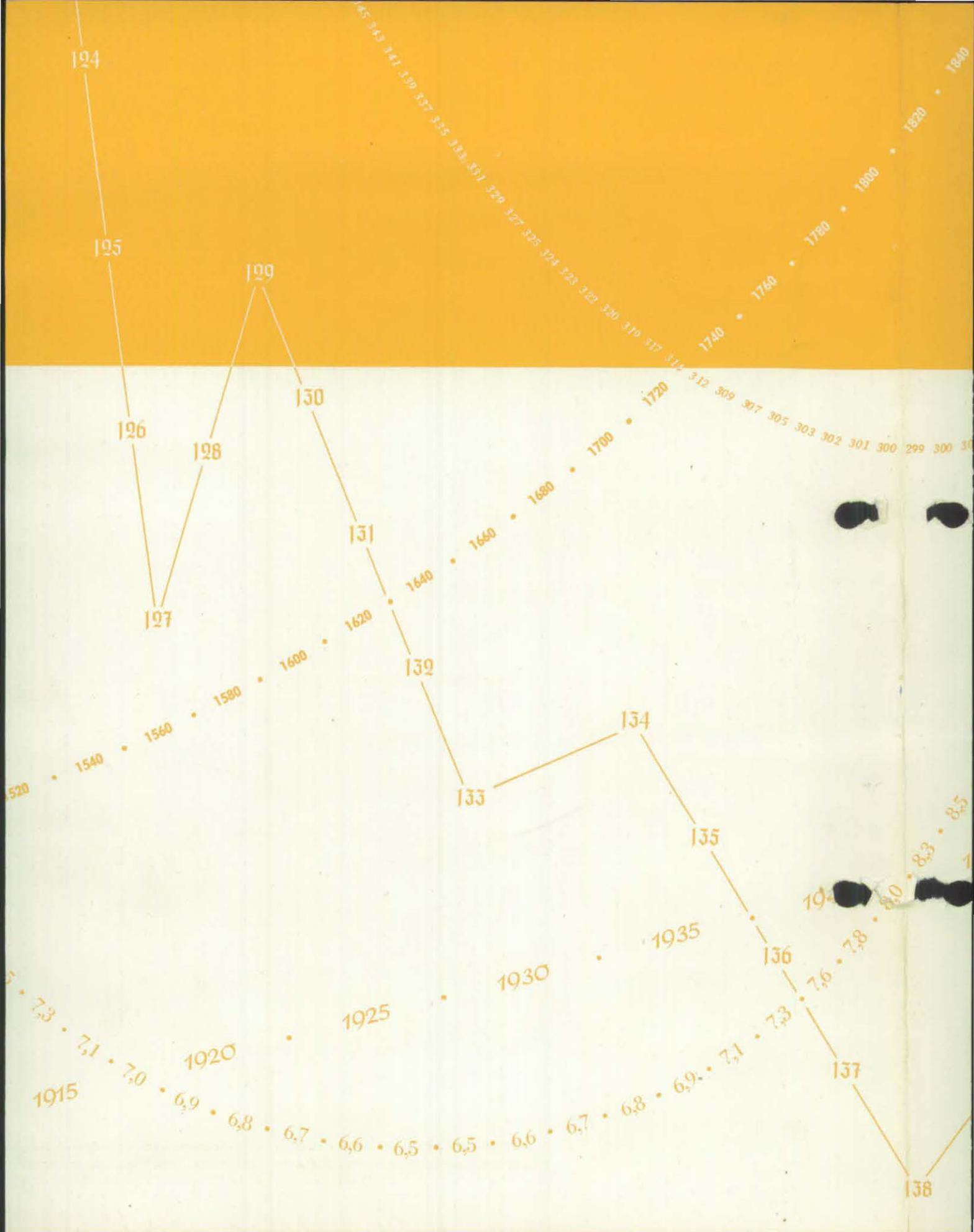
Hochschullehrer 1960
Berufsbildende Schulen 1961
Grenzüberschreitender Reiseverkehr
Postleistungen
Kraftfahrzeugbestand 1961
Soziale Rentenversicherung
Bausparkassen 1961
Verbraucherpreise
Ingenieurschulen
Heizölverbrauch
Schwerbeschädigte

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-3025



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germanica-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen